Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatl. 18000,— M., durch die Post bezogen monatl. 18000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 5000,— M. Einzelnummer 700,— M. Sonnabendnummer 1000,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1500,— M., auswärts 1800,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 7000,— M., auswärts 8000,—, Ausland 6000 u. 20000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 500 M.

Nr. 152 | Dresden, Dienstag den 3. Juli 1923 | 34. Jahrg.

Die Folgen des aktiven Widerstandes

Die Attentate und Sprengungen der nationalistischen Verbrecher im besetzten Gebiet, vor allem die Explosion bei Duisburg, von der allerdings noch nicht feststeht, ob es sich um ein Verbrechen oder um einen Unglücksfall handelt, haben die politische Lage für Deutschland außerordentlich verschlechtert. Dagegen wurde durch sie die Stellung Poincarés zu Beginn der neuen Verhandlungen mit England und Belgien so gebessert, daß der Verdacht nahe liegt, auch dieses Mal handle es sich — wie an zahlreichen andern Stellen — um eine Tat des nationalistischen Gesindels, das sich von französischem Geld aushalten läßt.

„Poincaré befand sich in ziemlich schlechter diplomatischer Position, als dieser feige Mord ein neues Argument für seine Politik gab", sagt das Echo de Paris. „Die Vorkämpfer der Gewalt in Deutschland haben wieder einmal den Vorkämpfern der Gewalt in Frankreich Nutzen gebracht." Selbst in der sonst gemäßigten französischen Presse ist die Empörung außerordentlich groß. Und die Wut der Nationalisten ist unbeschreiblich. So verlangt Hervé in der Victoire nicht weniger als die Todesstrafe für hundert deutsche Geiseln.

Selbst bei den entschiedenen Gegnern Poincarés herrscht heute ein tiefes Mißtrauen gegen die Regierung Cuno, die bei ihrem Kampf gegen die deutschvölkischen Verschwörer völlig versagt. Die einzelnen völkischen Mordtaten — wie die in Parchim — werden im Ausland aufmerksam verfolgt. Und die Nachsicht der deutschen Justiz und der Reichsregierung mit den völkischen und nationalistischen Verbrechern fügt der deutschen Sache unermeßlichen Schaden zu. Die ganze Welt erwartet energische Maßnahmen. Nur der „ehrliche Kaufmann" hat — wie es scheint — nicht das geringste Verständnis dafür, daß hier etwas getan werden muß, und zwar sofort getan werden muß. Wenn auch Herr Cuno, wie er selbst sagt, kein Politiker ist und wir von Wilhelms Zeiten her von der Regierung allerlei gewöhnt sind, die politische Verständnislosigkeit des jetzigen Reichskanzlers dürfte selbst für deutsche Verhältnisse etwas zu weit gehen.

•

18 Tote

WTB. Essen, 2. Juli. Die Zahl der bei dem Sprengungsanschlag auf der Duisburger Rheinbrücke ums Leben gekommenen belgischen Militärpersonen hat sich im Laufe der Nacht auf 18 erhöht. Eine Anzahl der Verwundeten befinden sich in kritischem Zustande.

WTB. Frankfurt a. M. Der in Polizeigewahrsam befindliche Duisburger Arbeiter hat unter genauer Angabe von Ort und Zeit eingestanden, daß er bei einer Zusammenkunft mit belgischen Geheimpolizisten ersucht wurde, gegen das Duisburger Rathaus und gegen das Theater Bombenattentate zu unternehmen.

Havas meldet aus Koblenz: Am Eingang zum Mainzer Tunnel sind zwei Bomben mit Zeitzündern vorgefunden worden. Von diesen Bomben sei eine explodiert, ohne daß ein nennenswerter Schaden entstand. Die andre sei von einem Artillerieoffizier unschädlich gemacht worden. Die üblichen Sanktionen gegen Mainzer Beamte seien veranlaßt worden.

•

Ein neuer Schießerlaß

Elberfeld, 2. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß auf jeden, der Schleichwege benutzen will, um ins besetzte Gebiet zu gelangen oder aus dem besetzten Gebiet herauszukommen, geschossen wird. Am Montagmorgen sind infolgedessen in der hiesigen Gegend drei Arbeiter, die zur Arbeitsstätte wollten, angeschossen worden.

Gegenüber einer Darstellung der Havas-Agentur teilt das Reichswehrkommando Münster mit, daß weder Mannschaften noch Offiziere der Reichswehr bei dem Attentat auf der Duisburger Brücke beteiligt gewesen seien; ebenso will die Reichswehr Dynamit für Sprengungen nicht geliefert haben.

•

Die Verräter vom „Oberland"

Am Freitag wurden in Mainz sieben Deutsche zum Tode verurteilt. Sie waren angeklagt, in verschiedenen Fällen Eisenbahnattentate verübt zu haben. Auch diese Verurteilten sind der französischen Gerichtsbehörde durch gegenseitigen Verrat in die Hände gefallen. Sie alle gehörten dem Bund „Oberland" an. Im Café Landsturm in Frankfurt war nach übereinstimmenden Aussagen der Verurteilten ein Werbebureau dieses Bundes mit dem Zweck eingerichtet, Sabotageakte im besetzten Gebiet durchzuführen. Allen Mitgliedern waren Karten ausgehändigt worden, auf welchen die Stellen eingezeichnet waren, an denen Sprengungen usw. vorgenommen werden sollten. Für die Tat wurden Vorschüsse in verschiedener Höhe gezahlt. Die Mehrzahl der Angeklagten erklärte, dem Bund „Oberland" lediglich zum Zwecke des Geldverdienens beigetreten zu sein.

Am 8. Mai begaben sich die Angeklagten Gruber, Haase und Schneider zu der französischen Geheimpolizei in Höchst a. M., um dort über den Zweck der Unterorganisation „Oberland" in Frankfurt a. M. mit der Absicht, Geld zu erhalten, Angaben zu machen. Sie erhielten jedoch kein Geld, sondern wurden in Haft genommen, da sie sich im Einzelverhör ebenfalls wieder verrieten und gestanden, an den bereits früher erfolgten Sabotageakten bei Bodenheim und Niederheimbach beteiligt gewesen zu sein. Durch die Angaben der Verräter gelangte die Polizei auf die Spur der übrigen Komplicen, die dann bald festgenommen wurden. Ferner deckte die französische Geheimpolizei das Dynamitdepot der Sabotagegesellschaft bei Mutterstadt auf.

Der Verlauf der Verhandlungen ergab ein äußerst trübes Charakterbild von den Angeklagten. Der eine versuchte die Schuld auf den andern abzuwälzen, was verraten werden konnte, wurde dem französischen Gericht mitgeteilt.

„Republik oder Zusammenbruch"

Eine Mahnung des Zentrums

Das führende Zentrumsorgan, die Germania, macht in einem bemerkenswerten Artikel darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk sich, nach der bisherigen Haltung Poincarés, noch für lange Zeit auf den Ruhrkampf einzurichten haben werde. Alles komme daher darauf an, die inneren Gefahren zu bannen, die sich einem glücklichen Ende des Ruhrkampfes entgegenstellen könnten. Diese Gefahren, die uns drohten, lägen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und diese beiden Gefahrenmomente könnten leicht verhängnisvoll zusammenwirken. Wörtlich fährt das Blatt dann fort:

„Unsre rechtsradikalen Kreise verbinden außenpolitische Wünsche mit innerpolitischen Hoffnungen. Sie lehnen die heutige Staatsform ab und fühlen vielleicht mehr instinktiv als bewußt, daß ein für Deutschland glückliches Ende des Ruhrkampfes die Republik befestigen muß und dann der Ansturm gegen den heutigen Staat eine aussichtslose Sache ist. Der angeblich nationale Kampf der Deutschvölkischen und der mit ihnen versippten Geheimbünde für die Existenz Deutschlands ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Republik. Für Regierung und Parlament, die die Hüter der Verfassung sind, ergeben sich daraus ernste Pflichten. Sie wissen, daß der bewaffnete Kampf gegen die Verfassung nicht mehr die Erfüllung deutschvölkischer Hoffnungen, sondern nur das Chaos bringen kann. Denn die Frage heißt heute nicht mehr: Republik oder Monarchie, sondern: Republik oder Zusammenbruch. Das deutsche Volk kann heute aus außen- und innerpolitischen Gründen nur in der republikanischen Staatsform leben. Und diese Erkenntnis erfordert klare Entscheidungen. Die Republik ist das Vaterland, und der bewußten Agitation gegen unsre Staatsform ist das bewußte Bekenntnis zur Republik von denen entgegenzusetzen, die den wahren Wiederaufbau wollen. Nur dann wird rechtsradikalen Putschplänen jede Aussichtsmöglichkeit genommen, wenn die große Mehrheit des Volkes sich klar und freudig zum Staate bekennt und die Regierung den entschlossenen Willen zeigt, jeden Versuch der Auflehnung im Keime zu ersticken. Wir sind endgültig verloren, wenn die zögernde Haltung der republikanischen Mehrheit des Volkes die Gegner zu dem Versuch reizen sollte, einen Angriff auf den Staat zu wagen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß es Kreise gibt, die mit diesem Gedanken spielen, und daß sich Hände finden, die dahingehende Pläne andrer auszuführen sich vermessen."

Die Germania verlangt dann im weiteren Verlaufe ihrer Darlegungen, daß die Staatsautorität allen gegenüber wahrgenommen werde, und sie erinnert an das Wort Dr. Cunos, daß jetzt alles darauf ankomme, die Zuversicht des Volkes auf den Staat aufrechtzuerhalten und den Willen des Staates zu erweisen, sich unter allen Umständen und gegen alle Gefahren, sei es auch gegen die Wirtschaft, zu behaupten.

Wir stimmen dem Zentrumsblatt durchaus zu, nur fällt uns an solchen Stimmen der Vernunft immer wieder auf, wie wenig die betreffenden Blätter und die hinter ihnen stehenden Parteien die nötigen Konsequenzen aus ihren richtigen Erkenntnissen ziehen. Wenn das Zentrumsblatt fordert, daß sich die Republik auch gegen die Wirtschaft durchsetzt, so heißt das natürlich, daß sie den Kampf gegen das Großkapital aufnimmt, das ja der mächtigste und reaktionärste Faktor in der kapitalistischen Wirtschaft ist. Wo aber führt die Germania und wo das Zentrum den Kampf gegen die wachsende Uebermacht der Industriebarone? Und wenn die Germania die Stärkung der Autorität des gegenwärtigen republikanischen Staates gegen den Rechtsradikalismus fordert, so weiß das Blatt, daß dazu eine entsprechende Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung des Reiches und vor allen Dingen des Wehrinstruments der Republik notwendig und daß Herr Geßler dabei eine unmögliche Figur ist. Denn damit allein, daß sich Cuno endlich einmal entschieden gegen die deutschvölkische Mordbrennerei ausspräche, ist es doch nicht getan.

Es gibt einige große bürgerliche Blätter, die auf republikanischem Boden stehen und die obigen Notwendigkeiten erkennen. Aber wir sehen leider nicht, daß sie einen energischen Kampf für das richtig Erkannte zu führen und die ihnen nahestehenden republikanischen Kreise für diese Forderungen mitzureißen wüßten.

Der Weg zum Sozialismus

Von Sidney Webb (London)

Auf dem Jahreskongreß der Britischen Arbeiterpartei, der eben jetzt in London tagt, hielt Sidney Webb, der berühmte Gelehrte, die folgende Eröffnungsrede, die ein anschauliches Bild der Denkweise und der Auffassungen des britischen Sozialismus unsrer Tage gibt.

Beinahe fünf Jahre sind seit dem Waffenstillstand vergangen. Aber die komplizierte wirtschaftliche Organisation Europas ist bei weitem noch nicht wieder hergestellt. Armut und Entbehrungen herrschen in aller Welt. Nicht einmal die unmittelbaren materiellen Kriegsschäden sind wieder gutgemacht. Vielleicht niemals in der ganzen Geschichte hat es einen so vollständigen, so folgenschweren Mißerfolg gegeben wie den Mißerfolg der Staatsmänner, denen die Welt im Jahre 1919 die Aufgabe anvertraut hat, einen Frieden zu begründen.

Was ist die Ursache dieses Mißerfolges? Man hat gesagt — und darin liegt ein gutes Stück Wahrheit —, daß die verhängnisvollen Fehler der Friedensverträge, die heute noch ganz Europa in einem Zustand kriegerischer Spannung erhalten, das Ergebnis dessen waren, was die Theologen eine „unbesiegbare Unwissenheit" nennen. In der Tat hat all die Wissenschaft, mit der die beamteten Gelehrten der Friedensdelegationen die „Großen Vier" versehen hatten, diese „großen Männer" nicht von dem Wahn abbringen können, daß sie, unbekümmert um unabänderliche harte Tatsachen, die Bestimmungen der Friedensverträge willkürlich danach festsetzen könnten, was ihnen am vorteilhaftesten für ihre einzelnen Länder erschien. Sie verstanden nicht die Tatsachen der Weltwirtschaft. Aber sie verstanden auch nicht jene moralischen Tatsachen, die nach meiner Ueberzeugung ebenso in der Natur der Dinge selbst begründet sind und die man ebensowenig ungestraft verletzen kann wie die Tatsachen des Wirtschaftslebens selbst.

Heute beginnt ganz Europa zu sehen, daß es ebensowenig aufgebaut werden kann auf die Leidenschaften des Hasses und der Vergeltung wie auf die Leidenschaften der Furcht und der Gewalt. Es ist höchste Zeit, daß unsre auswärtige Politik nicht darauf gegründet werde, was wir als Nation für unser Recht ansehen, sondern darauf, was wir als das gemeinsame Interesse der Welt empfinden; nicht auf nationalen Haß, nicht auf nationale Furcht, sondern auf tiefes Gefühl der Brüderlichkeit aller Menschen; nicht darauf, wie wir aus andern Nationen unsern eignen Profit herausschlagen, sondern darauf, wie wir mit unsern besondern Gaben und unsern besondern Gelegenheiten am besten der Menschheit als einem Ganzen dienen können.

Wir, die britische Arbeiterpartei, müssen eintreten für eine Politik des gegenseitigen Dienstes, und müssen diese Politik entgegensetzen der eigensüchtigen Politik des Profits, die wir ganz gleich ablehnen müssen, ob es sich nun um Profit des Individuums auf Kosten andrer Individuen oder um den Profit der Nation auf Kosten andrer Nationen handelt.

Eine solche Politik müßte freundschaftlich die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes annehmen, nach Streichung der maßlosen Kriegsentschädigungsansprüche, gutzumachen im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands die materiellen Schäden, die den Bergwerken und Gebäuden Frankreichs und Belgiens zugefügt worden sind.

Eine solche Politik würde aber zugleich alle darüber hinausgehenden Ansprüche streichen und eine allgemeine gegenseitige Streichung der Kriegsschulden anstreben.

Eine solche Politik würde den Völkerbund in eine Organisation verwandeln, die unbedingt alle Nationen der Welt umfassen müßte und die in ihrem Wirkungsbereich wenigstens so wirksam werden müßte, wie es der Weltpostverein in dem seinen ist. Das Ziel müßte eine internationale Währung, die Aufhebung aller Zollschranken und alles Paßzwanges sein. Solange dieses Ziel infolge des Partikularismus vieler Staaten noch nicht erreichbar ist, müßte wenigstens ein einheitliches System der Verwaltung der Eisenbahnen und Wasserstraßen von Astrachan bis Algeciras angestrebt werden, das störungslosen und zollfreien Durchgang der Güter und der Menschen im Durchzugsverkehr garantiert.

Eine solche auswärtige Politik würde unserm Lande die Führung in der Welt wiedergeben, die es dank seiner gegenwärtigen Politik verloren hat.

Eine solche Politik müßte Frankreich vor allem freimütig sagen, daß wir keinen Schritt weiter mit Frankreich zu gehen vermögen auf seinem Wege kriegerischen Angriffs, auf einem Wege, auf den Frankreich geraten ist in einem Zustand, den die Psychoanalytiker einen Furchtkomplex nennen würden, einem Zustand, der einer großen Nation wahrhaft unwürdig ist.

Noch wichtiger aber wäre, daß eine solche internationale Politik alle Staaten Europas verhalten müßte, ein gemeinsames System der Erziehung zum Internationalismus von der Volksschule bis zur Universität anzunehmen, das ersetzen müßte jene lächerlichen Fabeln der Geschichte und der Volkswirtschaftslehre, die heute, im vermeintlichen Interesse einer patriotischen Erziehung, in den Schulbüchern der ganzen Welt vorherrschen.

Im Rahmen einer solchen internationalen Politik würde auch unsre innere Politik ganz andre Züge gewinnen. Was

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230703/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wir heute um uns sehen, das ist, bewußt oder unbewußt, der Kampf darum, wer den Krieg verloren haben soll: diejenigen, die von ihrem Eigentum, oder diejenigen, die von ihrer Arbeit leben.

Wir sehen die immer vollständigere Ersetzung der freien Konkurrenz durch die Privatmonopole der Trusts. Wir sehen, daß in einem der Vorkriegszeit unbekannten Grad und Ausmaß die Eigentümer des akkumulierten Reichtums sich die unmittelbare Herrschaft über die Regierung, über die Presse, über die Erziehung, über alle gesellschaftlichen Organisationen angeeignet haben und sie völlig in den Dienst ihrer Privatinteressen stellen. Wir sehen eine Arbeitslosigkeit, unerhört nicht nur in ihrer Ausdehnung, sondern auch in ihrer Dauer und Allgemeinheit. Das ist es, womit die Arbeiterpartei ringt.

Für die Arbeiterpartei ist es klar, daß der Sozialismus nur auf die politische Demokratie gegründet werden kann. Wir können keinen Schritt vorwärts zu unserm Ziel zurücklegen, als mit der Zustimmung und mit der Unterstützung der Mehrheit unsers Volkes. Gewiß, es wäre sehr leicht, Proklamationen allgemeinen Charakters zu entwerfen oder in einer einzigen Sitzung ein Gesetz zu beschließen, das vorgibt, einen neuen Himmel und eine neue Erde zu begründen. Aber das Resultat am nächsten Morgen wäre, daß sich entweder gar nichts geändert hätte oder daß alles in Wirren und Chaos gestürzt wäre. Nicht das kann unser Weg sein. Denn wenn wir auch alles revolutionieren wollen, so kann doch jede einzelne Maßregel, die dieser allgemeinen Umgestaltung dient, nur in dem Maße durchgesetzt werden, als sie die Zustimmung findet von zehn oder fünfzehn Millionen Wählern, die unter den verschiedensten Lebensbedingungen, mit den verschiedensten Temperamenten begabt, zwischen Land's End und Orkney leben. Unser alter Weg ist der: wir müssen die sozialistischen Prinzipien in Gesetzentwürfe kleiden, die in Ausschuß und Parlament Paragraph für Paragraph durchberaten und durchgesetzt und für deren Durchführung und Verwaltung der erforderliche, der Aufgabe angepaßte Verwaltungsapparat von einem Ende Englands zum andern aufgebaut werden muß. Diese Einkleidung des Sozialismus in praktische, durchführbare Projekte, wir haben sie praktiziert seit einer ganzen Generation mit dem Ergebnis, daß Schritt für Schritt unsre Vorschläge von Gemeindevertretungen, Grafschaftsräten und zuweilen selbst von den Regierungen angenommen und durchgeführt und schließlich für den Durchschnittsbürger selbst zu Gemeinplätzen, zu Selbstverständlichkeiten geworden sind. Die ganze Nation ist auf diese Weise mit Sozialismus durchtränkt worden, ohne es zu wissen. Jetzt ist es an der Zeit, den bisher unbewußten Prozeß zum bewußten zu erheben.

Das erfordert vor allem höchste Demokratisierung des gesamten Gemeinwesens, wobei der Schwerpunkt auf die Lokalverwaltung noch mehr als auf die zentralen Institutionen zu legen ist; erfordert möglichst weitgehende Beteiligung der Genossenschaftsbewegung, die für uns ein Stück Sozialismus selbst ist, an unsrer Aufgabe; erfordert insbesondre stetig ausgedehnte Beteiligung der gewerkschaftlichen Organisationen und der Berufsorganisationen der geistigen Arbeiter an der öffentlichen Verwaltung selbst.

Die Aufgabe ist erfüllbar. Aber sie ist erfüllbar nur in jenem Geiste der Kameradschaft, den Robert Owen gepredigt hat. Owen, der, nicht Karl Marx, der Begründer des britischen Sozialismus war.

Unter die Kontrolle des Völkerbundes?

Am Montag hat der englische Ministerpräsident den französischen Botschafter in London empfangen, um eine mündliche Antwort auf den von seiner Regierung an Poincaré gerichteten Fragebogen entgegenzunehmen. Der Inhalt der mündlichen Auskünfte wird vorläufig geheimgehalten, aber das Renkontre zwischen der offiziellen Pariser Presse und den der Regierung nahestehenden Blättern in London läßt erkennen, daß die Differenzen zwischen Frankreich und England groß sind und nicht so schnell überbrückt werden dürften. Trotzdem sind wir davon überzeugt, daß sich die amtlichen Stellen in London und Paris über kurz oder lang doch einigen werden. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Einigung, nachdem die Regierung Cuno unsre Interessenvertretung ausschließlich in die Hand Englands gelegt hat, nur auf Kosten Deutschlands vor sich gehen kann. Frankreich besteht nach wie vor auf der Aufrechterhaltung der Eisenbahnregie, die inzwischen im Ruhrgebiet durchgeführt ist. Außerdem fordert es Sicherheitsmaßnahmen, die in den rheinischen Gebietsteilen zur Durchführung gelangen sollen. Nichts spricht dafür, daß die französische Regierung von diesen grundsätzlichen Forderungen abgehen wird, vielmehr ist anzunehmen, daß sich ein englisch-französisches Kompromiß auf die obenbezeichneten Punkte aufbauen wird. Fraglich ist nur, ob die Regie weiterhin in der Hand einzelner Ententemächte bleibt und ob die erstrebten Sicherheitsmaßnahmen ihre Durchführung durch Vertreter der alliierten Staaten finden. Poincaré ist zwar nach wie vor bestrebt, seine selbständige Machtstellung im Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten, aber er wird sich nach einer grundsätzlichen Einwilligung der englischen Regierung zu einer Eisenbahnregie und einer Sicherheitsaktion bereiterklären müssen, die Kontrollmaßnahmen dem Völkerbund zu überlassen. England baut bereits in diesem Sinne vor. Es versucht, durch Bestrebungen dieser oder jener Art den Völkerbundgedanken in Deutschland schmackhaft zu machen, um unserm Volke dadurch die Zustimmung zu den für uns kommenden Entscheidungen zu erleichtern.

•

Völlige Abschnürung

Elberfeld, 2. Juli. (Eig. Drahtb.) Der Erlaß des Generals Degoutte, der für 14 Tage jede Ein- und Ausreise ins Ruhrgebiet untersagt, bedeutet eine völlige Blockierung des Ruhrgebietes, die durch die starke Handhabung des Paßzwanges seit Wochen eingeleitet worden ist. Das Ende kann nur eine große Katastrophe sein. Der Erlaß wurde mit größter Pünktlichkeit durchgeführt. Sonntag nachts 12 Uhr wurde die elektrische Straßenbahn Elberfeld—Neviges—Nierenhof gemäß dem Erlaß stillgelegt. Dadurch fällt für die Versorgung des Ruhrgebietes die wichtigste Linie weg, die den Verkehr nach Hattingen, Bochum, Steele, Gelsenkirchen, Essen, Mülhausen-Duisburg vermittelt. Arbeiter, die im besetzten Gebiet wohnen und im unbesetzten Gebiet arbeiten und umgekehrt, werden zurückgewiesen. Es scheint jedoch eine Erleichterung eintreten zu sollen. Die lokalen Besatzungsbehörden sind mit den Kommunalbehörden in Verhandlungen darüber eingetreten, welchen Personen die Ein- und Ausreise auch in Zukunft gestattet werden soll. In der von den Franzosen besetzten englischen Grenzzone ist der Erlaß bisher nicht durchgeführt worden, doch wird der Paßzwang sehr scharf gehandhabt.

Von gutunterrichteter Stelle erfahren wir, daß mit einer weiteren Besetzung über die Grenze von Aplerbeck und Scharnhorst hinaus bestimmt zu rechnen ist.

Bei der Explosion der Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke soll nach den neuesten Feststellungen auch ein französischer General ums Leben gekommen sein. Außerdem wird mitgeteilt, daß sich die Zahl der Todesopfer inzwischen um das Doppelte vermehrt hat. — In Essen ist ein Streik der Transportarbeiter ausgebrochen.

•

Drei neue Opfer

Buer, 2. Juli. Der polnische Staatsangehörige Bestek wurde kurz nach 8 Uhr abends von einem belgischen Soldaten durch einen Herzschuß getötet. Ein zweites Opfer namens Preußlied wurde von einer Patrouille bemerkt und bis aufs Dachgeschoß verfolgt, wo er aus Verzweiflung auf das Dach flüchtete. Er stürzte ab und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Ebenfalls kurz nach 8 Uhr abends ist der Bergmann Protoff durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt worden.

Ausdehnung der Besetzung

Dortmund, 2. Juli. Die Franzosen haben ihre Besetzung weiter ausgedehnt. In den Morgenstunden wurde Resthofen zwischen Schwerter und Hagen besetzt.

Major Meyers Brief

München, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die bayerische Geschichte der letzten Jahre erhält einige Lichter durch einen Brief, den der wegen seiner Aufdeckungstätigkeit beim Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen von der gesamten politischen Rechten schwer angefeindete Major Meyer veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß im November 1918 ein Kreis von Offizieren in München, zu denen auch Meyer gehörte, beabsichtigte, Rupprecht von Wittelsbach wieder in den Sattel zu heben. Der Versuch war aber erfolglos, da der Prinz nicht aufzufinden war und übrigens die nötige Anzahl Monarchisten fehlte.

Von besonderem Interesse ist jener Teil des Briefes, der Aufschluß gibt darüber, wie die Pläne zum Kapp-Putsch in Bayern eingefädelt wurden. Meyer, der damals Chef des Nachrichtendienstes im Truppen-Kommando 4 (München) war, traf im Februar 1920 den Kapp und auch den Lüttwitz mit seinem Stabschef Oldershausen in München. Kapp wünschte auf Veranlassung seines Freundes Wangenheim den Dr. Heim kennen zu lernen, ein Wunsch, den Meyer nach Regensburg weitergab. Was aus diesen Dingen geworden ist, geht aus dem Briefe nicht hervor. Dagegen bringt er Aufklärung, wie in jener denkwürdigen Nacht vom 13. auf den 14. März 1920 der Sturz des Ministeriums Hoffmann herbeigeführt wurde. Danach erschien am 13. März um 12 Uhr nachts beim General Möhl, dem damaligen Kommandeur der bayerischen Reichswehr, eine Abordnung, darunter Herr v. Kahr und Herr Pöhner, und erörterte Forderungen. Nach Beendigung dieser Sitzung erhielt Major Meyer den Auftrag, sofort dem Ministerpräsidenten Hoffmann den Besuch der gleichen Herren, die bei Möhl waren, anzukündigen. Der Besuch erfolgte dann, kurz darauf ein zweiter vor dem Ministerrat. Unter diesem Druck verantwortlicher Männer mit machtpolitischem Gewicht verzichtete Hoffmann auf weitere Amtierung.

Dieser Hergang der Dinge, wie Kahr Ministerpräsident wurde, ist im allgemeinen nicht neu. Die politische Bedeutung des Briefes liegt darin, daß er eine öffentliche Bestätigung dessen ist, was unsre damals als bayerische Minister amtierenden Genossen mitgeteilt haben und was von interessierter Seite entweder mit Stillschweigen übergangen oder sogar bestritten worden ist. Notwendig erscheint jetzt noch eine Aufdeckung der Zusammenhänge, die damals zwischen Kapp, Dr. Heim und Möhl bestanden und die offenbar die Grundlage bildeten für den Erfolg des gewaltsamen bayerischen Verfassungsbruches im Jahre 1920.

Der Umsturz in Bulgarien

(Von unserm bulgarischen Korrespondenten.)

Durch einen Putsch der Offiziere und Reserveoffiziere ist in der Nacht zum 9. Juni die Regierung der Landwirtspartei, richtiger die Diktatur ihres Führers, Stambulijskis, gestürzt worden. An dem neuen bulgarischen Ministerium, dessen militärische Herkunft sich darin ausdrückt, daß drei Ministerposten mit ehemaligen Offizieren besetzt wurden, sind außer den Kommunisten und der gestürzten Bauernpartei alle Parteien des Landes beteiligt. Dieses Kabinett stellt so eine „große Koalition" im wahren Sinne des Wortes dar. Eine „große Koalition" mit all den inneren Unsicherheiten des Zusammenhalts, mit der Fragwürdigkeit der gemeinsamen Zielsetzung und einer großen politischen Linie — „große Koalition" als Kompromißprodukt gemeinsamer Not und mit all der Unsicherheit gegenseitigen Mißtrauens.

Für uns ist die Frage der Stellung der Sozialdemokratischen Partei in diesem Kabinett interessant, wenn wir auch eingestehen müssen, daß die Stimme unsrer bulgarischen Genossen nicht ausschlaggebend ist und sein kann in einem Lande, das eine zu 80 Proz. agrarische — und zwar sozial unabhängige — Bevölkerung aufweist. Trotz seiner Grausamkeit und einseitigen Betonung der Bauerninteressen — wozu noch bemerkt sei, daß es ein Großgrundbesitzertum, die Kapitalistenschicht in der Agrarsphäre, in Bulgarien nie gegeben hat — lag nämlich in der Linie und der Politik des verhaßten Stambulijski schließlich doch etwas, was der sozialistischen Linie näher kam als die der bürgerlich-städtisch-kapitalistischen Parteien, mit denen sich die Sozialdemokratische Partei nun verbündet hat: seine Bestrebung, Wucher- und Händlertum auszuschalten, die ursprüngliche, von kapitalistischen Methoden und Umwegen nichts wissende Arbeit hochzustellen und zu bevorrechten, schließlich auch seine Idee der „grünen Internationale".

Was die Sozialdemokratie auf die Seite seiner Gegner trieb, war aber nicht allein die Furchtbarkeit der Methoden und die persönliche Feindschaft und Unduldsamkeit Stambulijskis, der selber einst den Sozialdemokraten nicht ferngestanden hat und seine Kriegsgegnerschaft bis zum Umsturz 1918 im Gefängnis büßen mußte, war nicht allein die Unterdrückung und Zertrümmerung der Partei durch sein terroristisches Wahlgesetz, das war vor allem seine Einstellung gegenüber dem städtischen Element. Stambulijski hat die Stadt, die Heimat der Industrie und der Industriearbeiter, mit den grausamsten Mitteln bedrückt, hat die Städter — als die Nichtbauern — mit den schwersten Lasten belegt und gequält, alle städtischen Elemente, die Intelligenz, Advokaten, Geistlichkeit, unterdrückt, verfolgt und ausgepreßt.

Und so mußten es die Sozialdemokraten als willkommene Gelegenheit ansehen, jetzt wieder einmal zu Worte zu kommen. Denn anders als in den Ländern des Parlamentarismus, wo die Oppositionsstellung einer kräftigen Partei eine Beteiligung an der politischen Entwicklung keineswegs ausschließt, hat bis jetzt auf dem Balkan nur die Partei politisch etwas für sich zu erwarten, die am Ministerium und am Verwaltungsapparat teilnimmt. Die Sozialdemokratische Partei wird jetzt zuerst daran gehen müssen, die Gewerkschaften, die unter Stambulijskis Gewaltherrschaft zerfallen sind, wieder aufzurichten und außerdem möglichst stark bei der Neubesetzung der Verwaltungsstellen im ganzen Lande mit ihren Anhängern beteiligt zu werden.

Leben • Wissen • Kunst

Dresdner Künstlervereinigung (Lennéstraße)

II. Das Oelbild und die Graphik

Kokoschka hängt sein Bild mehrere Tage nach der Eröffnung der Ausstellung; es ist keine Landschaft, wie im Katalog zu lesen, sondern ein Akt, in einem alles beherrschenden Rot vor einem dunklen Grund gemalt. Im hellen Hintergrund eine Gestalt, Kind, Vision und Fratze, mit jenem gespenstischen, krankhaften, aber doch geschmackvollen Ausdruck, den nur Kokoschka hat. Dieses leuchtende Rot des Aktes, verbunden mit einer reichen Skala andrer Töne — violett, braun, grau, schwarz, — der gelbrote Fleck, der an Vermeer erinnert, und das blaßgrüne Gesicht der Gestalt im Hintergrund sind doch, verglichen mit F. Müller und Böcklingel, reich in der vornehmen Teppichwirkung der Farbe.

Daneben machen auf mich Eindruck Wilhelm Rudolphs Leoparden. Die großen, eleganten, krafterfüllten Katzen mit ihren wie zum Schlag geschaffenen Pranken, ihren gedrungenen Köpfen und ihren geschmeidigen Körpern sind Ausdruck einer gewissen selbstsicheren, auf ihre Kraft vertrauenden Persönlichkeit. Als Malerei ist das Bild breit und hingestrichen mit dem Können, das Vertrautheit mit Technik und Objekt auf Grund intensiver Vertiefungsarbeit gibt. Als Ganzes sind sie dekorativ und verlangen nicht eine Ecke, sondern für sich allein eine große weiße Wand, vor der sie drei Meter über dem Boden hängen können. Das gilt auch für den Stier.

Heitners Porträt des Ministerialrats Schm. ist als Malerei ebenso fein und kultiviert wie geschickt und reich im Ton. Röslers Porträt und Stilleben, auch die auf Japanpapier mit Oelfarbe gemalten — Aquarelle hätte ich beinahe gesagt — verweisen ihn von Jahr zu Jahr mehr in das Gebiet der Dekoration, so geschickt sie auch sind. Hier vermag er außerordentlich viel Anregung zu geben. Diehes Porträt einer Frau, das in der unteren Bildhälfte etwas nachläßt, ist wegen des feinen, rein menschlichen Klanges, den es anschlägt, im ganzen fast zu gut, um auf Pappe gemalt zu sein. Jörg Klemms Arbeiten, „Der Geiger", „Der Reiter" und das männliche Porträt, sollte man lieber zusammenhängen, damit die Eigenart seiner Technik und das gute Niveau seiner Arbeiten nicht unter andern aufdringlichen Stücken leiden. Lachnit zeigt wieder in einer Reihe von Arbeiten, daß er eine große Intensität der Durcharbeitung verbindet mit einer Frische bis auf die letzten Striche im Bilde. Ich schätze an ihm, wie klar und anspruchslos einfach er Dinge des täglichen Lebens erfaßt und künstlerisch gestaltet mit dem Willen, nicht dem Zufall als einem guten Maler die Bildgestaltung zu überlassen. Nadler befreit sich, wie es scheint, zu seinem Vorteil teilweise von dem allzustarren Formenalphabet, in das er geraten war, und Dreher hat seine künstlerische Form schon wieder gewechselt. Bernhard Müllers Landschaften und sein Stilleben sind gute Malerei wie immer. Seine Gärtnerei, Schuberts Porträt seiner Tochter mit dem Reiz der guten Zeichnung im Oelbild neben guter Farbe, und Drescherts Mutter und Kind, wo vor allem das Kind durch die außerordentlich geschickte Vereinigung von Fläche und Modellierung im Gesichtchen nebst sehr fein hineingesetzten Augen besticht, sind die besseren Arbeiten des Kabinetts im Vergleich zu Dreher und Schaffer. Gegenüber, in dem entsprechenden Raum aus der andern Seite, sind vor allem Winkler und Bruder vertreten: Winkler mit seiner guten in der letzten Ausstellung der Schaffenden bereits gewürdigten Farbe, — Bruder mit drei Bildern, die gute Anlage haben, aber noch wie Rohblöcke wirken, denen die nötige vertiefende Bearbeitung fehlt. Trepies Bilder lassen wie die Bruders ein sicheres selbständiges Sehen und Fühlen spüren, aber man vermißt auch hier die Arbeit dran. Paul Wilhelms Porträt ist still, fein zurückhaltend in Form und Farbe. Zu nennen sind ferner Emanuel Hegenbarth, Käte Mirtschin, Westphal, Schanze und Siegfried Berndt.

Graphik? — Ja, da ist eigentlich nur einer vertreten, der immer in der Künstlervereinigung neben Felix Müller die beste Graphik zu zeigen pflegt, nämlich Joseph Hegenbarth. Seine Form ist außerordentlich sicher und groß; sein Bildaufbau stets reizvoll, stets anders, fast unerschöpflich und sicher in der Aufteilung der Fläche. Die Eingelform ist als ausdruckskräftig, bewußt klar und reich an feinen Stellen. Da zeigt z. B. ein dicker Fettwanst einen sentimental feinfühligen Zug um den Mund, der im krassen Gegensatz zu der übrigen Erscheinung steht. Es liegt überhaupt der Reiz seiner Werke in der Vereinigung einer beinahe brutal wirkenden Kraft mit äußerster Zartheit. Hegenbarths Graphiken sind Bilder, seine Bilder sind Graphiken. Eigenartig wirken die Arbeiten neben und zwischen den farbigen Aquarellakten Wrbas. Man lernt hier beide so verschiedene Naturen gut begreifen.

Dresdner Kalender

Theater am 4. Juli. Opernhaus: Geschlossen. — Schauspielhaus: Der Widerspenstigen Zähmung (7½). Volksbühne Nr. 7556 bis 7603. — Neustädter Schauspielhaus: Geschlossen. — Residenz-Theater: Madame Pompadour (7½). Zentral-Theater: Zum ersten Male: Katja (7½).

Schauspielhaus. Die Komödie „Wechsler und Händler" von Hanns Johst, deren Erstaufführung am Donnerstag (7½) stattfindet, ist folgendermaßen besetzt: Conrad Renner: Meyer; Brigitte, seine Freundin: Verden; Hettner, ein Russe: Porto; Max Ilenhofen: Wierth; Minna, die Köchin: Crusius. Die Einstudierung leitet B. B. Ilz. Das Bühnenbild ist von Hans Blanke entworfen.

Dresdner Volksbühne. Im Wochenspielplan vom letzten Sonnabend befindet sich ein Druckfehler. Am Donnerstag sind im Schauspielhaus zur Erstaufführung der Komödie „Wechsler und Händler" (Anfang 7½) eintrittsberechtigt die Nummern 7604 bis 7651.

Das Neustädter Schauspielhaus gesperrt. Das Präsidium der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat mit Zustimmung des Verwaltungsrats beschlossen, über die Direktion Willi des Neustädter Schauspielhauses Dresden wegen Nichterfüllung der Schlichtungssprüche und ungureichender Bezahlung der Mitglieder die Sperre zu verhängen. Allen in der Bühnengenossenschaft organisierten Schauspielern ist damit untersagt, mit Direktor Paul Willi Verträge abzuschließen.

Schopenhauer-Gesellschaft. Bei Gelegenheit eines Sommerausflugs der Schopenhauer-Gesellschaft, Ortsgruppe Dresden, am Sonntag (ab 8 Uhr mit Dampfer nach Pillnitz) wird Dr. Karl Wolff einige interessante Stellen aus den bis vor kurzem noch völlig unbekannten Reisetagebüchern des jungen Schopenhauer vorlesen, u. a. auch manches über Dresden, seine Sehenswürdigkeiten, seinen Charakter und seine Umgegend. Beginn etwa 8 Uhr im Gasthof Rockau. Für Mitglieder und Freunde Teilnahme an der Vorlesung rei. Gäste können eingeführt werden.

Kleine Mitteilungen

Verbot einer Vereinszeitschrift in Thüringen. Das Presseamt Thüringen teilt mit: Die im Verlage des Schriftstellers Hans Kipper zu Graz (Steiermark) erscheinende periodische Zeitschrift „Michel" ist auf Grund des § 21 in Verbin-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230703/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Fechenbach-Skandal

Deutscher Reichstag

In einem bayerischen Zuchthause verbüßt seit mehr als einem halben Jahre der Journalist Fechenbach die langjährige Zuchthausstrafe, zu der ihn ein bayerisches Volksgericht verurteilt hat. In vielen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands und des Auslandes ist das Urteil von Fachleuten besprochen und von angesehenen Männern der Rechtsprechung als ein Justizmord abgelehnt worden. In zahlreichen Versammlungen haben Volksmassen derselben Meinung Ausdruck gegeben. Man kann die Einkerkerung Fechenbachs mit gutem Grunde vergleichen mit dem französischen Justizskandal im Falle Dreyfus. Im Deutschen Reichstag, der am Montag die sozialdemokratische Interpellation über die Opfer der Volksgerichtsjustiz verhandelte, scheint die Erregung über den Fall Fechenbach, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, noch kaum Widerhall gefunden zu haben. Die Bänke der Mittelparteien waren sehr schwach besetzt und in der deutschnationalen Fraktion hielt ein einziger Mann die Parlamentswache.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Genosse

Dittmann:

Das Fechenbach-Urteil bildet eine Quelle dauernder politischer Beunruhigung im Innern und schädigt das moralische Ansehen Deutschlands im Ausland. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Landesverrat Fechenbachs soll in der Auslieferung wichtiger Schriftstücke an den Franzosen Payot bestanden haben, die dann im Pariser Journal veröffentlicht wurden. Dabei steht fest, daß es sich um Schriftstücke handelt, die bereits von der Münchner Räteregierung veröffentlicht worden waren. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Das Telegramm des Papstes an Baron Ritter, das 1919 im Journal veröffentlicht wurde und das Fechenbach an ein Korrespondenzbureau verraten haben soll, betraf den Vorvorgänger des jetzigen Papstes. Dieses Telegramm war alles andre als ein diplomatisches Aktenstück, und es wirft ein eigentümliches Licht auf das politische Urteil des Münchner Volksgerichts, ein so bedeutungsloses Telegramm für ein wichtiges Aktenstück zu erklären. Auch die Folgerung des Gerichts, daß die Veröffentlichung des Papst-Telegramms ungünstig auf Verhandlungen eingewirkt habe, die im April 1919 zwischen dem Papst Benedikt und der französischen Regierung über Deutschland stattfanden, ist hinfällig, weil das Diktat von Versailles bereits feststand, noch bevor das Ritter-Telegramm veröffentlicht wurde. **Das Urteil wegen Landesverrats ist ein Fehlurteil,** das irgendwie, wenn auch nur auf dem Wege der Begnadigung, korrigiert werden muß. Das Urteil ist aus der Atmosphäre geboren, die in München nach der Niederwerfung der Räteregierung herrscht. Dabei ist Fechenbach kein Bolschewist; er hat die Beteiligung an der Räteregierung direkt abgelehnt. Der Sachverständige Dr. Thimme hat durchaus zugunsten Fechenbachs ausgesagt. Die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms durch den Journalisten Payot hat sich ausdrücklich auf Fechenbach bezogen. Dieser kann also gar nicht das Bewußtsein einer furchtbaren Handlung gehabt haben, wenn er sich öffentlich als Gewährsmann nennen ließ. Fechenbach kann nie und nimmer das Bewußtsein gehabt haben, daß das Ritter-Telegramm noch ein Geheimdokument sei. Auch verschweigt das Urteil, daß der Ministerpräsident Eisner das Ritter-Telegramm gekannt hat und daß Fechenbach es nur von Eisner bekommen haben kann, zumal festgestellt ist, **daß Eisner die Veröffentlichung des Telegramms wollte.** Fechenbach konnte also, auch nach dem Urteil erster Autoritäten im Presserecht, höchstens als Mittäter oder Gehilfe in Frage kommen. Eine bayerische juristische Autorität hat überdies nachgewiesen, daß die Handlung Fechenbachs **schon am 15. Mai 1921 verjährt** war, also bevor das Verfahren gegen ihn eröffnet wurde. Das ist

eine gerichtliche Ungeheuerlichkeit.

Wenn man das Urteil liest, empfängt man den Eindruck, als ob es die Aufgabe des Gerichts sei, Geheimorganisationen vor Spitzeln zu schützen. Das Urteil konstatiert Landesverrat, weil die Geheimhaltung von Mitteilungen über die reichsgesetzlich verbotenen Geheimorganisationen im Reichsinteresse geboten gewesen sei. Nach dieser Theorie gehört aber auch Ludendorff ins Zuchthaus. Die Berufung des Gerichts auf das Gutachten des Sachverständigen Dr. Thimme ist völlig unhaltbar; denn dieses Gutachten läuft darauf hinaus, daß Fechenbach durch sein Tun die Landesinteressen eher gefördert als geschädigt habe. Prinz Hohenlohe stellt den Fall Fechenbach in Parallele zum Falle Dreyfus. Die Volksgerichte, gegen deren Urteile es keine Berufung gibt, sind unvereinbar mit der Reichsverfassung, denn sie entbehren der elementarsten Rechtsgarantien. Die bayerische Regierung will sie ja auch aufheben, sobald die Justizreform in Kraft tritt. Aber wann wird das sein? Irgendwie muß ein Wiederaufnahmeverfahren ermöglicht und Fechenbach einstweilen

sofort aus dem Zuchthause entlassen

werden. Die Reichsregierung fordere ich dringend auf, ihren ganzen Einfluß in diesem Sinne aufzubieten. Der Wiederaufbau Deutschlands erfordere auch eine vertrauenswürdige Rechtspflege. Möge die Reichsregierung bedenken, daß es hier nicht bloß um Menschenschicksale geht; es geht um mehr, **es geht um Deutschlands Ehre!** (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Fast möchte man glauben, daß eine geringe **Erkenntnis** dieser Tatsache auch in der bayerischen Regierung aufzudämmern beginnt, denn die Antwort des bayerischen Gesandten v. Preger, der unmittelbar nach Dittmann sprach, war nicht ohne weiteres ablehnend. Er verteidigte zwar in einem Satze die tatsächliche und juristische Grundlage des Urteils und bestritt dessen politische Tendenz. Aber er schien ein Gnadengesuch Fechenbachs anzuregen und beteuerte, daß nach Eingang eines solchen Gesuches nicht nur alles gegen das Urteil bisher vorgebrachte Material eingehend nachgeprüft, sondern von der bayerischen Regierung auch ein Rechtsgutachten des Obersten bayerischen Landesgerichts eingeholt werden würde. Ein Gnadengesuch Fechenbachs liege aber bisher noch nicht vor.

Der Reichsjustizminister Dr. Heinze gab glatt zu, daß das Urteil zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gebe. Auch der Reichsjustizminister erachtet mit den meisten Fachleuten die **Verjährung** für gegeben. Nach den beiden Regierungsreden hatte man den Eindruck, daß bayerische Regierung und Reichsregierung den Münchner Justizmord möglichst rückgängig machen wollen.

Wie sehr man sich aber hüten soll, in voreiligen Optimismus zu verfallen, bewies sofort die Rede des bayerischen Volksparteilers Emminger, also des Vertreters der in Bayern herrschenden Partei. Er findet das Urteil so umfassend und gut begründet, daß nichts dagegen einzuwenden sei. Dieser bayerische Staatsanwalt verteidigt das Urteil nicht nur, sondern man merkt in jedem Satze seiner Rede, daß er von den bayerischen Volksrichtern und ihrer Urteilsbegründung geradezu begeistert ist. Zwar wehrt er sich gegen Zurufe zu seiner Scharfmacherrede mit der Bemerkung, er hätte kein schärferes Urteil gewünscht, aber sein ganzer Vortrag klingt wie ein Plädoyer, auch ein etwaiges Gnadengesuch abzulehnen und Felix Fechenbach durch die Vollstreckung der elfjährigen Zuchthausstrafe bis zu Ende zu erledigen. Er behauptete, daß Fechenbach Frankreich Vorschub geleistet habe und schließt mit der Bemerkung, das bisher vorgebrachte Material reiche nicht aus, um das Fechenbachurteil im geringsten zu erschüttern. Die auch in der Form zynische Rede des bayerischen Volksparteilers wirkte auf die Linke und vielleicht auch auf den einen oder andern Abgeordneten der Mittelparteien abstoßend und verletzend. Am Dienstag werden die übrigen Parteien kundzutun haben, ob sie mit dazu beitragen wollen, daß ein auf so unsicherer Grundlage zu unerhörter Freiheitsstrafe verurteilter Mann im Zuchthause hinsiechen muß.

---

dung mit § 17 zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (RGBl. I., S. 585) durch das thüringische Ministerium des Innern im Gebiete des Freistaates Thüringen auf die Dauer von sechs Monaten, und zwar vom 25. Juni bis 24. Dezember 1923 einschließlich verboten worden. Zuwiderhandlungen sind nach § 22 des Republikschutzgesetzes strafbar. Das Verbot gründet sich auf schwere Beschimpfungen und Herabwürdigungen der deutschen Republik durch einen in der Folge 22 jener Zeitschrift vom 3. Juni 1923 abgedruckten Artikel „Deutschland", in dem die deutsche Republik als „jüdisch-marxistischer Saustall" bezeichnet wird. Diese Beschimpfung verstößt gegen § 8 Ziffer 1 des genannten Gesetzes. Weiter wurden in dem Artikel „Die deutsche Not" in der Folge 23 des „Michel" vom 10. Juni 1923 die ermordeten Reichsminister Erzberger und Rathenau „Wortführer der Novemberverbrecher" beschimpft, darin ein Verstoß gegen § 7 Ziffer 2 des Republikschutzgesetzes erblickt werden muß.

In allen anständig denkenden Volkskreisen dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß das deutsche Volkstum durch „Schriftsteller", die weder durch ihre „völkische Edelgesinnung" noch durch einfaches allgemein menschliches Taktgefühl daran gehindert werden, schnöde gemordete Staatsmänner noch im Grabe wilde und dumm zu beleidigen, gewiß nicht als würdige und imponierende Vertreter deutscher Volksart und deutscher Kultur angesprochen werden können. Mit solchen Leuten kann das deutsche Volk keine Ehre einlegen!

Bekanntlich ist die Sprache, wie sie in jener deutsch-österreichischen Zeitschrift geübt wird, keine Einzelerscheinung: sie stimmt überein mit der Art, in der fortlaufend seit Jahr und Tag auch in andern Erzeugnissen der sogenannten „deutsch-völkischen" Tagesliteratur, so besonders im Münchner Völkischen Beobachter, dem Hauptorgan der Nationalsozialisten Deutschlands, deutsches Wesen verzerrt und zur Karikatur erniedrigt der Welt gezeigt zu werden pflegt.

Dr. phil. Charlotte Krause aus Halle a. d. S. ist die Berechtigung für Indische Philologie und vergleichende Sprachwissenschaft in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig erteilt worden.

Der Bücherpreis. Der Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler hat die Schlüsselzahl mit Wirkung vom 30. Juni an auf 9000 heraufgesetzt.

Index und Wertbeständigkeit

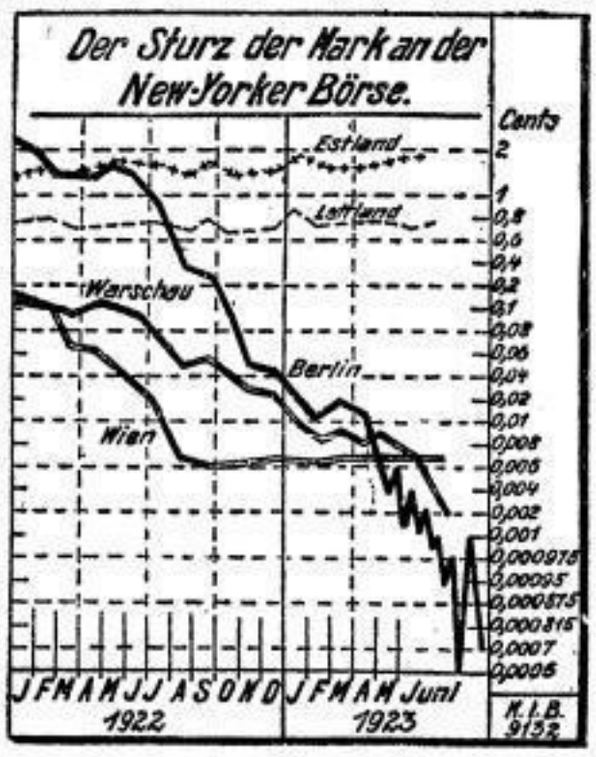
Ueber die am Montag zwischen den Arbeitnehmern und dem Reichsstatistischen Amt und verschiedenen Ministerien sowie später mit dem Reichsarbeitsminister stattgefundenen Verhandlungen, betr. Einführung eines wertbeständigen Lohnes, wird folgende amtliche Meldung verbreitet:

„Nachdem die vorbereiteten Besprechungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt sind, wird noch im Laufe dieser Woche eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildete kleine Kommission in der Leitung des Reichsarbeitsministeriums unter Hinzuziehung der beteiligten Reichsministerien zur Verhandlung über die gleiche Frage zusammentreten.

Inzwischen haben auch die Beratungen über die Beschleunigung des Index ihren Abschluß gefunden. Mit der Veröffentlichung des neuen Wochenindex wird etwa Mitte Juli zu rechnen sein. Schon vorher wird zum erstenmal mit der Bekanntgabe der Durchschnittsindexziffer für den Monat Juli ein Wochenindex mitgeteilt werden, der aber noch auf den Mittwoch-Erhebungen der vorhergegangenen Woche beruht."

Die offizielle Mitteilung über die Verhandlungen und deren bisheriges Ergebnis bedarf eines Kommentars. Die Kommission, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Klärung herbeizuführen hat, tagt, wie man uns mitteilt, auf dringlichen Wunsch der Arbeitnehmer schon am Dienstag, nachmittags 3 Uhr. Die Arbeitnehmer verlangen, daß unter allen Umständen eine rasche Erledigung der Frage der wertbeständigen Löhne endlich erfolgt. Die breiten Massen vertragen es einfach nicht länger, daß sie dauernd mit Debatten und Berichten über Kommissionen gefüttert werden, während ihr Wochenverdienst immer von neuem davonläuft. Die offizielle Mitteilung ist in ihrem zweiten Teil ebenfalls unklar. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß das Reichsstatistische Amt bisher schon fortlaufend einen Wochenindex berechnet hat, er beruht auf Erhebungen, die jeweils Mittwochs vorgenommen werden. Seine Veröffentlichung erfolgt immer am Sonnabend; er wird deshalb, wenn auf seiner Basis die Wochenlöhne berechnet werden, immer rund 10 Tage hinter dem Lohntag liegen, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß der Lohn, wenn er auch am Freitag ausgezahlt ist, die Existenzgrundlage für die kommende Woche bilden soll. Um diese Mängel zu beseitigen, ist Klarheit dahin geschaffen worden, daß in Zukunft Montag und Dienstag als Stichtag genommen und Mittwochs der Wochenindex veröffentlicht wird. Er wird sich dann bei der Lohnzahlung am Freitag der gleichen Woche schon auszuwirken haben. Gegen diese Regelung erheben die Unternehmer bisher noch technische Bedenken. Von Arbeitnehmerseite wird als sicher angenommen, daß sie zu zerstreuen sind. — Es ist also damit zu rechnen, daß wir schon in den nächsten Tagen vom Reichsstatistischen Amt eine Wochenziffer erfahren.

Ueberdies ist von den Arbeitnehmern aller Richtungen eine kleine Kommission ernannt worden, die sich im Bedarfsfalle in Fragen des Index mit dem Reichsstatistischen Amt in Verbindung setzen wird. Die rechnerische Erledigung und die statistische Durcharbeitung des Index bleibt nach wie vor dem Reichsstatistischen Amt überlassen. In die Kommission sollen auch einige Arbeitgeber eintreten.



Kleine politische Nachrichten

Die unbequeme Münchener Post

München, 30. Juni. (Eig. Drahtbr.) Die Beschwerde des Verlages der Münchner Post gegen das fünftägige Verbot (5. bis 10. Juni 1923) ist heute vom Oberlandesgericht abgewiesen worden. Bei dieser Entscheidung hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß in dem gegebenen Falle die Voraussetzungen für die Anwendung des § 1 der Notverordnung gegeben sind, d. h. die Mitteilungen aus Tirol über die strafbaren Rüstungen und Mobilisierungen der Rechtsbolschewisten in Bayern werden als eine Vorschubleistung an die Franzosen betrachtet. Das ist um so sonderbarer, als Mitteilungen gleichen Inhalts vorher in einer Innsbrucker Zeitung veröffentlicht waren, dem Auslande also durch die Veröffentlichung der Münchner Post gar nichts Neues gesagt wurde.

Zusammenstöße

Lübeck, 2. Juli. Der Jungbismarckbund veranstaltete gestern in Schwartau eine Fahnenweihe, wozu viele auswärtige Teilnehmer erschienen waren. Die Sozialisten hatten zur Gegendemonstration aufgerufen. Nachdem es schon auf dem Bahnhof zu Reibereien gekommen war, ereigneten sich weitere Zusammenstöße im Versammlungslokale, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab. Die Bismarckbündler wurden gezwungen, die schwarzweißrote Fahne auszuliefern. Die Lübecker Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Einspruch des Reichsrates. Der Reichsrat hat in seiner Sitzung vom Montag Einspruch gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erhoben. Der Einspruch richtet sich gegen die Regelung des § 6 (Kurpfuscherparagraphen) und gegen die Regelung der Kostenfrage. Die Länder wünschen, daß das Reich einen erheblichen Teil der Kosten der Ausführung des Gesetzes übernimmt. Es ist zu hoffen, daß trotz des Einspruchs das Gesetz mit dem vorgesehenen Termin (1. Oktober) in Kraft treten wird.

Das deutsch-spanische vorläufige Handelsübereinkommen ist um weitere drei Monate, bis zum 30. September einschließlich, verlängert worden.

Der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission, Boyden, hat seine Dimission eingereicht. Von französischer Seite wird dazu gemeldet, daß der Rücktritt aus rein persönlichen Gründen erfolge und keineswegs bedeute, daß die amerikanische Regierung sich aus der Reparationskommission zurückzuziehen beabsichtige. Es sei vielmehr wahrscheinlich, daß schon in wenigen Tagen ein Nachfolger ernannt wird.

Letzte lokale Nachrichten

Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute. Dienstag den 3. Juli, abends pünktlich 7 Uhr, in der Turnhalle am Georgplatz Versammlung. Wirtschaftsminister Genosse Fellisch spricht über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die sächsischen Staatsbetriebe. — Unsre Mitglieder werden gebeten, pünktlich zur Stelle zu sein, da das Lokal bereits 10 Uhr geräumt sein muß. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, eine Stunde früher zu erscheinen. Kreisvorstandssitzung heute Dienstag, abends 6 Uhr.

Der Dollar 159 600,—

Berlin, 3. Juli. (Amtlich.)

			3. 7. Geld	3. 7. Brief	2. 7. Geld	2. 7. Brief
Amsterdam	1	Gulden	60345,50	60655,50	62843,50	62656,50
Buenos Aires	1	Peso	55513,—	55614,—	55860,—	56140,—
Norwegen	1	Krone	25935,—	26065,—	52935,—	26065,—
Dänemark	1	Krone	27930,—	28070,—	27930,—	28070,—
Schweden	1	Krone	42197,—	42506,—	42094,50	42905,50
Helsingfors	1	fin. Mark	4389,—	4411,—	4339,—	4411,—
Belgien	1	Frank	8054,50	8095,50	8054,50	8095,50
Italien	1	Lire	6962,50	6997,50	6962,50	6997,50
London	1	Pfd. Sterl.	728175,—	731825,—	728175,—	731825,—
Neuyork	1	Dollar	159600,—	160400,—	159600,—	160400,—
Paris	1	Frank	9501,—	9545,—	9501,—	9549,—
Schweiz	1	Frank	28070,50	28220,50	28079,50	28220,50
Spanien	1	Peseta	22643,—	22757,—	23642,—	23158,—
Wien (abgest.)	100	Kronen	231,41	232,58	229,42	230,58
Prag	1	Krone	4837,50	4862,50	4817,50	4842,—
Budapest	1	Krone	19,75	15,79	18,75	18,85

Polnische Noten —,—

Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtb.) Die in der Vorwoche vom Reichsrat beschaffene Ergänzung der Devisenordnung wird heute oder morgen amtlich bekanntgegeben werden. Der sehr umfangreiche Erlaß führt den Titel: Verordnung zur Aenderung der Valutadekulationsordnung und des Kapitalfluchtgesetzes. Unter anderm heißt es in ihm: Einer im Ausland befindlichen Person oder Personenvereinigung darf ein Markkredit nur nach Zustimmung der Reichsbank bzw. einer von dieser bezeichneten Stelle gewährt werden. Weiter heißt es: Es wird verboten, ausländische Effekten von oder durch Vermittlung einer im Auslande befindlichen Person oder Personenvereinigung zu erwerben oder für sie kommissionsweise zu vergeben. Die Reichsregierung wird ermächtigt, Vorschriften zu erlassen über die Geltung von Marknoten von im Auslande befindlichen Personen oder von Ueberweisungen oder Uebersendungen von Mark an diese. Weiter ist von Interesse die Bestimmung, durch die die Pflicht zur Auskunfterteilung über Besitz und Geschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln erweitert wird. An andrer Stelle wird bestimmt, daß der Ausstellung von Handelsbescheinigungen besondere Sorgfalt zu widmen ist, und endlich wird der Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln gegen Mark präziseren Vorschriften und genaueren Nachprüfungen unterworfen.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	1.	2.
Moldau	Budweis	— 22	— 22
Moldau	Modran	+ 1	+ 5
Iser	Jungbunzlau	+ 2	+ 10
Eger	Laun	+ 16	+ 16
Elbe	Pardubitz	— 42	— 46
Elbe	Brandeis	+ 42	+ 42
Elbe	Melnik	+ 63	+ 60
Elbe	Leitmeritz	+ 80	+ 83
Elbe	Aussig	+ 52	+ 48
Elbe	Dresden	— 77	— 81

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230703/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Prachtv. Kabljau, Schellfisch, Seelachs, Rotzungen

empfehlen: [1312
Dresdner Fischhallen
Webergasse 17, Ecke Quergasse

Wilder Linie 6 **Mann**

Mittwoch den 4. Juli, abends 7 Uhr [1219
Vornehmer Ball.
Neueste Schlager! Neueste Schlager!

Die Ferienzeit

vermindert den Personalbestand besonders in der Tischzeit um ein beträchtliches. Um dem Publikum zu jeder Zeit die gewohnte Bedienung zukommen lassen zu können, halten wir bis auf weiteres in der Mittagszeit [f4

von ½1 bis 3 Uhr geschlossen

Wir bitten hiervon Vormerkung zu nehmen

Alsberg

Brillanten
Platin - Gold - Silber-Zähne
Gegenstände und Bruch kauft
Drillich & Co
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
24 Amalienstr. 24 „Hotel Amalienhof" Tel: 15084.
Reeller Einkauf nach tägl. Dollarstand.
Diskr. separ. Einkaufsräume. Luxussteuer tragen wir.

Wir drucken

alles, von den kleinsten bis zu den größten Aufträgen. Ihre Drucksachen erhalten von uns eine packende, werbekräftige Gestaltung in Form und Farbe, wodurch sie sich Beachtung erzwingen aus der Masse der alltäglichen Durchschnitts-Reklame

Kaden & Comp.
Dresden, Wettinerplatz 10

Rich. Wölfert Dresden-A. Grunaer Str. 21
kauft
Gold-, Silber- Gegenstände Bruch
Platin, speziell Gebisse, Zähne
Kupfer- Aluminium- Zink- } Münzen
sowie alle Altmetalle.
Jedes Quantum. — Christliches Unternehmen.
Geschäftszeit 9—6 Uhr durchgehend.

Bei Harnröhren- und Blasenleiden „COBA"
Hauptdepots f. Dresd.: A. Siegel Nachf., Wilsdruff. Straße 36; A. Zeisleben: Pollnitz: C. Kleppebeis Frauenstr. 9. Bestandt. Bals. Copaiv. 0.3. [b117

Metalle
zum Einschmelzen
Kupfer, Messing, Rotgut, Zinn, Zink, Blei, Zinnkannel, Kupfer-, Messing- und Rotgußspäne kauft laufend
Graf, Drehgasse 2
an der Amalienstr. Tel. 17229

Felle
aller Art [1376
Zickelfelle
Schafwolle
Roßhaare kauft
Felleinkauf
Grunaer Str. 22, I.

Felle
jeder Art, wie
Zickel, Kanin, Maulwurf usw.
kauft zu Tagespreisen
Pelzmoden J. Strimber
Scheffelstraße 16. [m80

Spülapparate
Klysos, Spülkannen, Schlläuche, Leibbinden, Klistierspritz., Unterleg.-Kreuzstielle
Frau Heusinger
Am See 37
Ecke Dippoldiswalder Platz

Br. Sommer: Der babylonisch-biblische
Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Reisekoffer
Aktentaschen [m81
Lederwaren
Klepfer, Freiberger Straße 1.

Central-Theater
Generaldirektion Arthur Spitz

Berliner Operetten-Gastspiel!
Leitung: Direktor Felix Meinhardt
Ab Mittwoch den 4. Juli, täglich 7½ Uhr

Gilberts grösster Schlager
„Katja"

Operette in 8 Akten von Leopold Jacobsen u. Rudolf Oesterreicher, Musik von Jean Gilbert, mit
Emmy Kreutzer a. G.
Cilly Neulen — Gladys Henry
Herrmann Wolder
Fritz Marks — Hugo Claus
Curt Klotz-Oberland
Franz Menar usw.
In Szene gesetzt von Direktor
Felix Meinhardt
Musikalische Leitung: Kapellmeister
Hermann Henze
Tänze von Ballettmeister
Willy Strigel

Billettvorverkauf täglich von 10—2 Uhr an der Theaterkasse.
[w82

Palast-Theater
Alaunstrasse 28

Dienstag bis Donnerstag:
Satan Diktator
Gewaltige Tragödie eines Fürstengeschlechts
6 Akte! 6 Akte!
Ein äußerst aufregendes und mit verblüffender Natürlichkeit gespieltes Filmwerk von überwältigender Wirkung. Ein junges Mädchen der Hocharistokratie ist, um das Herzogtum in der Erbfolge der Familie zu erhalten, als Mann erzogen worden. Merkwürdige, interessante Verwicklungen entstehen daraus und in atemloser Spannung folgt man den erschütternden Bildern.
[w272
Familie Gänseklein
Ein lustiger Sonntagsausflug in 3 Akten mit Gerhard Dammann.

Großer Garten
Große Wirtschaft
Mittwoch:
Wohltätigkeits-Konzert
Leitung: Musikdirektor Schönberg (35 Künstler), verbunden mit
Rosen-Fest
zum Besten der Unterstützungskasse der Kreisgruppe Ostsachsen im Bunde erblindeter Krieger.
Große Tombola
(Hauptgewinn im Werte von 800 000 M.)
Von 4 Uhr an:
Fest-Ball.
Dauer- und Ehrenkarten haben Gültigkeit.

Ball-Anzeiger
für Mittwoch den 4. Juli:

Ball-Haus-Ball ist einzig! Mittwochs und Sonntags. Bautzner Straße 35.

Gasthof Wölfnitz — Endstation Linie 7. Im Garten: Großes Militär-Konzert.

Schweizerhäuschen Schweizer Str. 1 Jeden Mittwoch: Gr. öffentl. Kaffeemusik Anfang 7 Uhr.

Westend Chemnitzer Straße 107. Straßenbahnlinien 1, 15, 22. Herren- und Damen-Ball. Erstklassige Kapelle.

Wilder Mann Endstation Linie 6. Erstkl. Musik. Neueste Tanzweisen — Vornehmer Verkehr. —

Donaths Neue Welt
Morgen Mittwoch: [w79
Feiner Damen- u. Herrenball

Königshof-Theater
Täglich abends 8 Uhr [1575
Der fidele Bauer
Operette in 3 Akten.

SARRASANI
Täglich 8 Uhr.
Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus.
Das Schauspiel des Jahres 1923
Die schwarze Schmach
[w81

Zigaretten von 150 M. Kleinverkauf
Rauchtabak 100 Gramm von 3000 M. Kleinverkauf aufwärts
Zigarren sehr preiswert. [f575
Wiederverkäufer erhalten Rabatt!
Zigarrenhaus Karla Herrmann, Am See 19.

Wanzen sowie alles Ungeziefer
wird fachmännisch ausgerottet.
Kammerjäger Wegehaupt
Dresden-N., Louisenstraße 62 — Tel. 17773
Mitglied der Kammerjäger-Innung. [f302

Die altbekannte Haarmanufaktur
Frau Emma Schunke
kauft seit 15 Jahren Wirrhaare und Friseurabfälle und
zahlt jetzt **30-50000 Mark** je Kilogramm
oder 3000—5000 Mark für 100 Gramm ausgekämmtes
Frauenhaar
Für Abfälle 10—20000 M.! Achten Sie genau auf die Hausnumm.!
40 Wilsdruffer Str. 40
den Kammerlichtspielen gegenüber. [w352

Bekanntmachung
der Allg. Ortskrankenkasse Kötzschenbroda.

An Stelle der in der Bekanntmachung vom 28. Juni 1923 festgesetzten Grundlöhne gelten gemäß Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. Juni 1923 laut Vorstandsbeschluß mit Wirkung vom 2. Juli 1923 an folgende Grundlöhne:

Lohnstufe	Grundlohn	Entgelt auf den Kalendertag	Wochenbeitrag
16	12900 M.	über 12900 bis 15000 M.	7785 M.
17	16200 „	„ 15000 „ 17400 „	9072 „
18	18700 „	„ 17400 „ 20000 „	10473 „
19	21400 „	„ 20000 „ 22900 „	11985 „
20	24300 „	„ 22900 „ 25800 „	13608 „
21	27400 „	„ 25800 „ 29000 „	15344 „
22	30700 „	„ 29000 „ 32400 „	17192 „
23	34200 „	„ 32400 „ 36000 „	19152 „
24	37900 „	„ 36000 „ 39800 „	21224 „
25	41800 „	„ 39800 „ 43800 „	23408 „
26	46000 „	„ 43800 „ 48000 „	25704 „
27	50400 „	„ 48000 „ 52400 „	28112 „
28	58300 „	„ 52400 „	32648 „

Der übrige Inhalt der Bekanntmachung vom 28. Juni 1923 behält Gültigkeit.

Kötzschenbroda, den 3. Juli 1923.
Die Allgemeine Ortskrankenkasse für Kötzschenbroda und Niederlößnitz-Ortschaften.
Krumbholz, Vorsitzender. [f4

Die unter dem 25. Mai 1923 bekanntgemachten Gebührensätze für die Benutzung des Bezirkskrankenkraftwagens werden mit sofortiger Wirkung um 100 Prozent erhöht.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden-A., am 30. Juni 1923. [f22

Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung
Ein soziologischer Versuch von Kurt Geyer.
Gebunden: Grundzahl 3.— M.
broschiert: Grundzahl 2.20 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Wachwitz Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtliche Parteiliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen Kolporteur Julius Lücke, Wachwitz, Grundstr. 54

Rabenau Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtliche Parteiliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen Kolporteur Nitzsche, Rabenau, Bismarckstr. 31

Liköre, deutsche Erzeugnisse! Besseres gibt es nicht. Erste Marke. Weinbrände, Originalfüllungen bester Klasse, ausgesucht f. Auswahl C. Spielhagen, Weingrossh., Hauptgesch. Annenstr. 9, Fil. Bautzn. Str. 9 [f376

Einkochgläser Einkochapparat. Gummiringe Donath Altmarktwalter Platz 2.

Spül-Apparate [m93
sämtliche Frauenartikel kauft man im Versandhaus „Diskret"
Freiberger Platz 8
(Sachsdorfer Frauenbedienung.)

Alte Tressen u. Uniformknöpfe von Husaruniformen, Militärs und Beamten kauft [f245
Max Haupt
Bautzneplatz 17, II.

Deutsch Englisch Spanisch Französ. — Unterricht, William Jorns, Dolmetscher. Alaunstr. 18.

Geschickter
Muster-Klempner [f3061
sofort gesucht.
Union-Werke A.-G.
Radebeul-Dresden.

Wir empfehlen:
Die Fahrt ins Unbekannte.
v. Hans Ellold.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10

In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß am 30. Juni 1923 mein lieber, guter, unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Richard Max Socke
Materialausgeber bei der Firma Richard Wagner, Löbtauer Straße 46, im blühenden Alter von 23 Jahren einige Stunden nach einem schweren Betriebsunfall verschieden ist.
In tiefstem Schmerze:
Die tieftrauernde Mutter nebst Geschwistern und Angehörigen.
Dresden 23, Zietenstraße 11, II.
Die Beerdigung findet Mittwoch d. 4. Juli, nachm. 2½ Uhr, von der Halle des Löbtauer Friedhofs aus statt. [b36000

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meines treusorgenden Gatten, unsres lieben Vaters
Max Eulitz
sagen wir allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und Beweise der Liebe den tiefstgefühlten Dank. [b402
Dresden-Löbtau, Bramschstraße 6.
Die tieftrauernde Gattin und Kinder.

Die Spatzen

pfeifen es von den Dächern, daß Schulputz
Nigrin-Extra
mit Garantie-Stanniolblatt
der sparsamste ist.

Sächsische Ortskrankenkassentagung

Unter außerordentlich starker Beteiligung hielt am Montag der Landesverband Freistaat Sachsen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen in Bautzen die diesjährige Landesversammlung ab, an der Vertreter des Ministeriums des Innern, des Arbeitsministeriums, des Landesversicherungsamtes, der Landesversicherungsanstalt, der Oberversicherungsämter Bautzen und Zwickau, der Kreis- und Amtshauptmannschaft Bautzen, der städtischen Kollegien von Bautzen usw. teilnahmen.

Nach kurzen begrüßenden Worten durch den Vorsitzenden, Stadtrat Kirchhof, Dresden, begrüßte Geheimrat Dr. Haenel namens der staatlichen Behörden die Tagung.

Bürgermeister Dr. Zahn entbot den Willkommengruß für die Stadt Bautzen und Stadtrat Meyer sprach für die Ortskrankenkasse Bautzen.

Darauf wurde in die Erledigung der umfangreichen und wichtigen Tagesordnung eingetreten. Zunächst erstattete der Geschäftsführer Hickmann, Dresden, den

Bericht des Vorstandes.

Danach gehörten dem Verband am 1. Januar 1922 305 Kassen mit 1 315 095 Mitgliedern an, am Ende des Jahres dagegen 353 Kassen mit 1 451 355 Mitgliedern, so daß eine Zunahme von 48 Kassen mit 136 260 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Wegen der Beihilfe zum Zahnersatz besteht die Hoffnung, daß es zu einer Vereinbarung mit den Zahnärzten kommen wird. Die Zahlung von Krankengeld während der Beobachtung von Kassenmitgliedern hat der Vorstand ablehnen müssen, ebenso hat infolge der ungünstigen Zeitverhältnisse der Plan eines Volkskurheimes in Bad Elster noch nicht verwirklicht werden können. Neben vielen andern Dingen hatte der Vorstand auch andauernd Stellung zu nehmen gehabt zu der Erhöhung der Verpflegsätze in den Genesungsheimen und in den Heil- und Pflegeanstalten. Es ist hierzwischen dem Ministerium und dem Landesvorstand ein Abkommen getroffen, das eine Ermäßigung um ein Fünftel des jeweils geltenden Satzes für die Kassenmitglieder vorsieht. Ferner wurde dem Vorstand eine Anzahl Gesetzentwürfe zur Kenntnisnahme und zur Aussprache übergeben. Die Wochenhilfe hat eine Höhe erreicht, daß sie von den Krankenkassen kaum noch getragen werden könne. Im Interesse einer vernünftigen Bevölkerungspolitik ist die Beibehaltung der Wochenhilfe aber eine unbedingte Notwendigkeit, das Reich muß aber Beihilfen dazu gewähren. Die den kaufmännischen Ersatzkassen bisher gewährten Privilegien und Vorrechte dürften auf keinen Fall noch auf andre Kassen ausgedehnt werden, vielmehr ist ihre gänzliche Beseitigung anzustreben. Folgende

Entschließung

fand einstimmige Annahme:

„Der im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages am 18. Juni d. J. vertretenen Auffassung, den gewerblichen Ersatzkassen dieselben Vorrechte zu gewähren, wie sie die kaufmännischen Ersatzkassen besitzen, widerspricht die Landesversammlung auf das energischste. Die Landesversammlung fordert vielmehr, daß auch die Privilegien der kaufmännischen Ersatzkassen beseitigt werden und daß Neugründungen von Ersatzkassen irgendwelcher Art von Gesetzes wegen überhaupt verhindert werden müssen, um der weiteren Zersplitterung in der Krankenversicherung endlich Einhalt zu tun."

Im Brennpunkt des Interesses stand das Referat von Kirchhof über

die Ärztefrage.

Der Redner erinnerte daran, daß die Ärztefrage alljährlich die Landesversammlung der Krankenkassen beschäftigt habe, und sagte, er würde sich freuen, wenn es sich darum handeln würde, wie man die Ärzte besser als bisher zu Mitarbeitern bei der Durchführung der sozialen Versicherung gewinnen könne. Leider trete die Aufgabe einer gemeinsamen Arbeit von Kassen und Ärzten im Dienste des sozialen Gedankens immer mehr in den Hintergrund und dafür müßten sich die Krankenkassen mehr denn je mit den materiellen Forderungen der Ärzte beschäftigen, wobei der Gegensatz zwischen den Krankenkassen und den Ärzten immer schärfer werde. Die Krankenkassen sind die letzten, die dem Arzt eine angemessene Bezahlung verweigern wollen, wir dürfen und wollen auch nicht knickerig sein, wir wollen dem Arzt geben, was des Arztes ist, wir müssen aber dabei im Rahmen des Möglichen bleiben und dürfen den Kassenschrank nicht bloß öffnen für den Arzt, sondern es muß auch noch etwas für die Versicherten übrig bleiben. Bei der Unterversicherung, die infolge der Zeitverhältnisse meist eingetreten ist, bleibt das Krankengeld der Kassen weit hinter den Bedürfnissen zurück, auch das Sterbegeld reicht nicht aus, um auch nur die allernotwendigsten Beerdigungskosten zu bestreiten. Bei allem grundsätzlichen Entgegenkommen werden sich also die Krankenkassen doch weise Beschränkung auferlegen müssen.

Neben den Forderungen der vollbeschäftigten Ärzte kommt vor allem in Betracht, daß heute viele tausend Ärzte, weil sie nicht ausreichend beschäftigt sind, die Krankenkassen als Versicherungsanstalt für erwerbslose Ärzte betrachten. Wir sind aber nicht in der Lage und auch nicht gewillt, der gesamten Ärzteschaft die Nöte und Lasten abzunehmen, die nun einmal über unser Volk gekommen sind. Die gemeinsame Not muß gemeinsam getragen werden. Die vollbeschäftigten Ärzte müssen deshalb ihre Ansprüche etwas zurückschrauben und die Krankenkassen müssen es ablehnen, die große Zahl der überflüssig gewordenen Ärzte zu beschäftigen.

In den wirtschaftlichen Kämpfen mit den Ärzten stehen wir auf ungleichem Kampfboden, bei dem alle Vorteile auf seiten der Ärzte und alle Nachteile auf seiten der Kassen sind. In unserm berechtigten Kampfe mit den Ärzten dürfen wir nicht durch einengende gesetzliche Bestimmungen beschränkt werden. Das Berliner Einigungsabkommen ist erledigt, seit Februar gibt es keine zentralen Vereinbarungen mehr. Seit dieser Zeit stehen wir unter der Herrschaft der Gebührenordnung. Wir haben uns, seitdem gewisse Schutzbestimmungen für die Krankenkassen aufgenommen worden sind, damit aussöhnen können. Die Ärzteorganisation, gegen deren Widerspruch die Schutzbestimmungen durchgedrückt würden, nahmen zwar die Teuerungszuschläge der Gebührenordnung mit Freuden auf, setzen den wütendsten Ansturm gegen die Schutzbestimmungen fort und, da sie sie nicht beseitigen kann, suchen sie ihre Wirkung illusorisch zu machen. In Leipzig versucht die Ärzteschaft durch ein Abkommen mit der Ortskrankenkasse die Schutzbestimmungen zu eliminieren. Wenn durch den Köder des Rabatts, der für das zweite Quartal sogar etwas erhöht werden soll, die Sache schmackhafter gemacht wird, weil sich daraus gewisse Vorteile ergeben, so darf doch nicht verkannt werden, daß dank der Taktik der Ärzte die große Gefahr besteht, daß nach und nach solche Schutzbestimmungen beseitigt werden, der Rabatt verwischt und schließlich ganz verschwindet.

Deshalb Parole: Nicht einseifen lassen!

Nicht Einschränkung, sondern Ausbau der Schutzbestimmungen! Wir fordern weiter, daß das Honorar der Ärzte nicht mehr gesteigert werden darf als die Gehälter der akademisch gebildeten Beamten. Die meisten Ärzte kennen anscheinend die sächsische Gebührenordnung nicht und wenden die preußische an, weil sie ihnen günstiger ist. Unsre Pflicht ist es, ungebührlichen Forderungen der Ärzte mit aller Macht entgegenzutreten.

Das Berliner Abkommen ist tot. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist, da eine gewisse Ueberfüllung des Ärzteberufes vorhanden ist, eine Arbeitsgemeinschaft, die es ermöglicht, überzählige Ärzte zwangsweise an einen andern Ort zu verpflanzen. Da die Durchführung dieses Planes von den Ärzten benutzt wird, allerhand Klauseln einzufügen, die den Kassen allerlei Verpflichtungen auferlegen, so ist daraus noch nichts geworden. Deshalb sind Verhandlungen auf Erneuerung und Verbesserung des Berliner Abkommens im Gange. Wo Interessengegensätze vorhanden sind, ist eine schiedsgerichtliche Regelung gewiß das Beste. Bisher haben wir aber beim schiedsgerichtlichen Verfahren nicht die besten Erfahrungen gemacht. Auch hier wirkt sich die Zersplitterung des Krankenkassenwesens ungünstig aus. Ehe wir zu einer idealen Schlichtungsordnung kommen werden, wird noch längere Zeit vergehen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen ist noch lange nicht restlos durchgeführt. Wir werden erst dann in unser Verhältnis zu den Ärzten Ordnung bringen und befriedigende Verhältnisse erreichen, wenn den Kassenverwaltungen alle Fesseln abgenommen sind, die sie noch in der freien Betätigung ihre Kraft hindern. Bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit Ärzten und Apotheken müssen die Mitglieder das unbedingte feste Vertrauen zu den Kassenverwaltungen haben.

Nach kurzer unwesentlicher Debatte sprach der Geschäftsführer Hickmann, Dresden, über

das Einzugsverfahren der Invalidenversicherung.

(Schluß folgt.)

Sachsen

Anbauwürdige Kartoffelsorten

Der vielfach zu beobachtende mangelhafte Auflauf der Kartoffeln in diesem Jahre weist wiederum eindringlich darauf hin, wie wichtig und entscheidend für den Anbauerfolg die Verwendung einwandfreien Saatgutes ist. In den meisten Anbaugebieten Sachsens unterliegen die Kartoffeln stark dem Abbau, das heißt, die Erträge gehen bei öfterer Verwendung des in der eigenen Wirtschaft erzeugten Saatgutes schnell zurück. Wer sichere und hohe Ernte erzielen will, muß daher auf die Auswahl erprobter Sorten bedacht sein. Um die Auswahl unter den zahlreichen auf dem Markt befindlichen Kartoffelsorten zu erleichtern, ist in einer gemeinschaftlichen Besprechung zwischen den Vertretern der wissenschaftlichen Forschungsanstalten und des Landeskulturrates sowie den im Kartoffelbau besonders erfahrenen Landwirten nachfolgende Liste derjenigen Kartoffeln (Landessortenliste) aufgestellt, die ihre Anbauwürdigkeit in zahlreichen, in allen Teilen Sachsens ausgeführten Anbauversuchen der letzten Jahre erwiesen haben:

Frühe Sorten: Thieles Kuckuck, Früheste; Böhms Allerfrühe Gelbe.

Mittelfrühe Sorten: Böhms Heimat; Richters Regent, Fürstenkrone; Bensings Adonis.

Mittelspäte Sorten: v. Kamckes Centifolia (rot), Pepo, Deodara, Parnassia, Arnika; Richters Jubel, Weiße Riesen; Ebstorfer Heideperle; Paulsens U 9; Dolkowskis Pojata (Staudenauslese Mendle, Hirschfeld).

Späte Sorten: Modrows, Lembkes und Ebstorfer Industrie; Modrows Preußen; v. Kamckes Pirola, Böhms Zeitgeist (rot).

Alle Landwirte und Gartenbesitzer sollten daher bei der Auswahl ihrer Kartoffeln in erster Linie die vorstehenden Sorten berücksichtigen, deren Namen allgemein bekannt zu geben sich die landwirtschaftlichen Vereine, die Vereinigungen der Kleingartenbesitzer und die landwirtschaftlichen Schulen angelegen sein lassen sollten. Von den genannten Sorten sind Pepo, Arnika und Jubel als völlig krebsimmun zu bezeichnen, auch Kuckuck und Preußen scheinen krebsfest zu sein. Für krebsverseuchte Aecker und deren Umgebung kommen also diese Sorten besonders in Frage. Um sich rechtzeitig einwandfreies Saatgut für das nächste Frühjahr zu sichern, ist es notwendig, jetzt schon während des Sommers die eigenen Bestände auf Wüchsigkeit und Gesundheitszustand durchzusehen und sich über den Bezug neuen Saatgutes schlüssig zu werden. Kartoffelsaatgut soll nur aus guten Saatkartoffelgebieten und von besichtigten völlig einwandfreien Beständen bezogen werden. Bewirtschafter kleinerer Flächen (Kleingartenbesitzer) schließen sich am besten zusammen und beziehen Sammelsendungen durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften oder durch den Landessaatbauverein für Sachsen, Dresden-A., Winkelmannstraße 4, der durch seine Beziehungen zu den Züchtern und durch reiche Erfahrung in der Lage ist, wirklich erstklassiges Saatgut zu beschaffen. Da die guten Sorten meist frühzeitig ausverkauft sind, ist rechtzeitige Bestellung aber unbedingt erforderlich.

Schulfragen in Sachsen und Thüringen

Am 30. Juni fand im sächsischen Unterrichtsministerium eine Besprechung statt, die über die Stellungnahme der thüringischen und sächsischen Regierung zu wichtigen Fragen der Schul- und Kulturpolitik eine weitere Klärung herbeiführen sollte. Die Zusammenkunft, an der die Unterrichtsminister der beiden Länder persönlich teilnahmen, hatte besonders den Ausbau des Einheitsschulwesens und die damit zusammenhängenden Aufgaben der Lehrplangestaltung der verschiedenen Schulgattungen zum Gegenstand. Weiter wurde das Verhältnis der sächsischen und thüringischen Volksschulpolitik zum Reichsschulgesetz, die Lehrerbildungsfrage sowie das Hochschulwesen eingehend behandelt. Die Zusammenkunft hatte das erfreuliche Ergebnis, daß die Pläne der beiden Regierungen über die einzuschlagenden Wege zwar hier und da voneinander abwichen, daß jedoch in allen grundsätzlichen Gesichtspunkten und in der Aufstellung der erstrebenswerten Ziele durchaus Uebereinstimmung herrschte. Derartige Besprechungen sollen auch fernerhin abgehalten werden.

Der Sächsische Gemeindebeamtenbund veranstaltete vom 26. bis mit 28. Juni in der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz für seine Gesamtvorstandsmitglieder und Ortsgruppenführer seinen 3. Gewerkschaftskursus. Als Vortragende waren hervorragende Sachkenner gewonnen. Es sprachen z. B. Ministerialrat Dr. Kühne, Berlin, über „Beamtenbildung", Universitätsprofessor Dr. Kaskel, Berlin, über „Arbeitsrecht", Ministerialdirektor Dr. Falck, Berlin, über „Grundrechte der Beamten", Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau, über „Finanzwirtschaft", Dr. Damaschke über „Die Bedeutung der Bodenreform für die Beamtenwirtschaft", Ministerialrat Dr. Jöhlinger, Berlin, über „Handelsteil der Zeitungen", Professor Schippel, Dresden, über „Entwicklung des Geldes" und Universitätsprofessor Dr. Bergsträßer, Berlin, über „Die politischen Parteien Deutschlands".

Erhöhung der Wandergewerbesteuer. Die Regierung hat dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, nach der der zuletzt auf 20 000 M. festgesetzte Steuersatz der Wanderlagersteuer auf 200 000 M. erhöht und das Ministerium des Innern ermächtigt wird, im Falle der Fortschreitung der Geldentwertung diese Zahl im Verordnungswege anderweit zu erhöhen.

19

Die Familie Frank

Roman von Martin Andersen Nexö

Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Kiy

Hier und da warf die eine oder andre von ihnen einen verstohlenen langen Blick in der Richtung nach zwei ein wenig zerlumpten und schmutzigen, doch verflixt flinken Jungen hin, die drüben arbeiteten. Aber wenn eine andre von den Freundinnen es entdeckte, dann rümpfte das betreffende Mädchen rechtschaffen die Nase über die beiden schmutzigen Straßenjungen. Und die Freundinnen folgten diesem Beispiel — um auch einen Anlaß zu haben, hinzusehen. Konnten sie vielleicht etwas dafür, daß die Stadt so entsetzlich kümmerlich mit anständiger männlicher Jugend versehen war!

Die einzige, die nicht hinüberstarrte, sondern mit ruhiger Miene ihre Arbeit versah, war Bürgermeisters Gerda, obwohl man hätte annehmen sollen, daß sie sich mehr für die Jungen interessierte als die andern, da der eine von den beiden damals um ihretwillen auf dem Rathause gezüchtigt worden war.

Thorvald und Lars ließen sich die Anwesenheit der „feinen Mädchen" nicht anfechten, sondern beeilten sich mit ihrer Arbeit.

Sie waren eifrig damit beschäftigt, Mads Sivertsens Zelt zu errichten und Kiefernpfähle für Tische und Bänke in die Erde zu hämmern. Wie immer waren sie in ihrem Element, wenn sie arbeiteten; der Schweiß troff herab; sie pfiffen, fluchten und rackerten sich ab, wie wenn sie's bezahlt bekämen. So war es denn auch, denn sie sollten jeder fünfundsiebzig Oer erhalten, wofür sie alles zurechtmachen und bedienen mußten, bis das Fest in der Nacht zu Ende war.

Während sie auf Latten und Bretter loshämmerten, kam eine Dame mit prachtvoller Haltung und vorstrebendem Busen auf den Platz gebraust, gewölbt und schwellend wie ein vollgetakeltes Fahrzeug. Zehn Schritt hinter ihr folgte ein kleiner Herr mit goldner Brille und goldnen Tressen an der Mütze, und zehn Schritt dahinter wieder eine hagere junge Maid in den Dreißigern mit offenem Negermund und einem [illegible] falschen Gebiß. Die ganze Flottille steuerte auf die beiden Knaben zu.

Es war die Frau Bürgermeister mit ihrem Mann und ihrer elternlosen Nichte, die unter den Leuten als Gesellschaftsdame galt und zu Hause als Stuben- und Küchenmädchen Dienste tat.

Die Frau Bürgermeister hatte den der Obrigkeit meist innewohnenden Drang, sich populär zu machen, und war eben im Begriff, anzulegen und die beiden Jungen gnädig anzusprechen. Als sie aber Thorvald erkannte, zuckte sie zusammen, als hätte sie in etwas Unanständiges getreten. Sie reckte sich auf wie eine Truthenne und segelte schnell weiter.

Thorvalds Anblick übte stets einen schlimmen Einfluß auf die Nerven der Frau Bürgermeister aus; er wirkte auf sie wie eine Aufforderung, laut zu schreien. Aber sie war eine Dame mit Bildung und wußte sich außer dem Hause zu beherrschen.

Doch als sie einen Blick auf ihre Tochter warf, konnte sie trotz allem angeborenen Anstand nicht verhindern, daß ihr ein kleiner Freiluftschrei entfuhr.

Das arme, arme, mißhandelte Kind, das eben nach einjähriger Verbannung heimgekehrt war und nun sogleich dem Anblick des frechen Burschen ausgesetzt sein sollte, der ihr ganzes Dasein vergiftet hatte. Was mußte sie nicht empfinden, wie mußte es sie quälen, ihren Büttel so nahe bei sich zu wissen! Warum hatte man ihn nicht für immer eingesperrt, wie sie vorgeschlagen hatte? — Die unglückliche, arme, mißhandelte Gerda!

Die Bürgermeisterin eilte hin, schloß ihren rotbäckigen Schatz in die Arme und fragte zärtlich bekümmert, ob sie nicht lieber nach Hause wolle.

„Nein, warum denn?" erwiderte Gerda und sah sie lächelnd an.

„Quält es dich nicht? — Bist du nicht müde? — Du siehst so gefoltert aus!"

„Aber warum denn nur, Mutter?"

Die Frau Bürgermeister warf einen beredten Blick nach Thorvald hin.

Gerda wurde rot.

„Doch, ich glaube, ich will mit dir gehen," erwiderte sie und nahm ihre Mutter unter den Arm.

Schweigend ging sie neben der Mutter her, ohne auf alles das zu antworten, was diese ihr erzählte, in der gutmütigen Absicht, die häßliche Erinnerung zu verjagen.

Fräulein Gerda betrachtete Thorvald nicht ganz mit den Augen ihrer Mutter.

Sie merkte recht gut die freundlichen Bemühungen der Mutter, aber es gab wirklich nichts Häßliches, das durch redseliges Geschwätz in Vergessenheit gebracht werden mußte. Sie konnte sich recht gut auf Thorvald besinnen, ohne daß sie ihn anzusehen brauchte, und die Freundinnen waren auch nicht so, daß sie sich vor ihnen hätte schämen müssen; also aus dem Grunde brauchte die Mutter sie wirklich nicht vom Festplatz wegzuschleppen, wo sie sich so gut unterhielt.

Natürlich war es unrecht von ihr gewesen, das sah sie jetzt recht gut ein — auch weil er so ein armer, einfacher Bursche war. Aber sie waren damals ja Kinder gewesen, und außerdem war er doch der tüchtigste Junge im Städtchen. Und er hatte die ganze Schuld auf sich genommen und war gezüchtigt worden, obwohl sie ganze zwei Jahre älter war und vielleicht, alles in allem, die Veranlassung gewesen war — — — — Aber jetzt war er ein schöner Bursch geworden, und sie konnte es recht gut vertragen, ihn anzusehen, und bereute gar nicht — — —

Dem Bürgermeister war nichts Verdächtiges aufgefallen, weil er ganz damit beschäftigt war, die beiden Knaben dazu zu veranlassen, ihm zu grüßen. Er litt an monarchischem Ehrgeiz und hatte es sich zu seinem hohen Ziel gesetzt: bekannt zu sein und von allen gegrüßt zu werden.

Sein Ehrgeiz bewog ihn, auf alle Menschen ein Auge zu haben, wenn er auf der Straße ging, aber er sah so schlecht, daß er die verschiedenen Bewegungen nicht recht voneinander unterscheiden konnte. Und wenn irgendein boshafter Lehrjunge die Hand an den Kopf führte und, statt zu grüßen, sich im Nacken juckte, dann lächelte und nickte der Bürgermeister seinem treuen Untertanen holdselig zu.

Er näherte sich also den beiden Jungen und räusperte sich, da sie keine Miene machten, aufzusehen. Als das nicht wirkte, erließ er mit dünner Stimme irgendein Verbot, das in den Hammerschlägen ertrank, und zuletzt stocherte er dem Lars mit seinem Stock gereizt die Mütze vom Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230703/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dresdner Chronik

Der Alte

wg. Jeden Morgen bringt sie ihn sorgsam im alten abgenutzten Fahrstuhl gefahren. Das Alter hat ihr den Rücken gekrümmt; fünfzig Jahre sind sie zusammen durchs Leben gegangen in schwerer Fron. Beide haben geschafft und gesorgt und vom kargen Lohne im Laufe der Jahre ein Sümmchen aufgespart, das ihnen den Lebensabend erleichtern helfen sollte. Wie stolz waren sie beide auf das kleine Kapital gewesen! Und heute ist's aufgebraucht bis auf den letzten Papierschein und leer und freudlos sind die Tage der beiden Alten geworden.

Mit ihren schwachen Kräften hebt die Alte, den Fahrstuhl mühsam rückwärts ziehend, das kleine Rad des Fahrstuhls auf den Bürgersteig, die Last des Wagens nachziehend. Unter einer breit ausladenden Kastanie, dicht an den Stamm, stellt sie den Wagen, glättet noch einmal die Decke, wickelt die Füße des Alten gut ein und streichelt ihm mit den zitternden, gichtischen Händen die faltigen Wangen.

Dann sitzt der alte Arbeitsinvalide, die Zigarrenkiste mit den Streichholzschachteln auf dem Schoß, den Blick ins Leere gerichtet, allein im Schatten der Kastanie. Es ist eine vornehme Gegend, wo sein Fahrstuhl steht. Das Leben der Großstadt flutet vorüber; leichtfüßig und sorglos, flirtend und schwatzend, lärmend und lachend, als ob eitel Sonnenschein alle Welt erfülle, zieht die glücklichere Welt dem nahen Parke zu, wo Vergnügen und Zerstreuung locken. Gedankenlos gehen Tausende an dem Alten vorüber, mancher wirft gönnerhaft und nachlässig einen Hunderter in die abgegriffene Zigarrenkiste. Es sind Almosen, die saurer sind als sauer verdienter Lohn. Und mit dem Einbruch der Dämmerung kommt wieder das Mütterchen, läßt den Wagen, als ob er Zerbrechliches enthielte, sorgfältig auf den Fahrdamm gleiten und fährt ihren alten Kameraden heim, eine Wegstunde in die Vorstadt.

Und am nächsten Morgen steht sein Wagen wieder dort — Tag für Tag, in endlosem, grauem Gleichmaß, bis zum Ende. . . .

Die Teuerung im Juni

Steigerung der Lebenshaltungskosten um 110,7 Prozent

Im Durchschnitt des abgelaufenen Junimonats hat sich eine von Woche zu Woche anhaltende Verteuerung des gesamten Lebenshaltungsaufwandes vollzogen. Während der äußere Markwert eine rund 130prozentige Verschlechterung erfuhr, stiegen die Lebenshaltungskosten um 110,7 Prozent gegenüber dem Vormonat, so daß sich demnach im Vergleich zu den Steigerungsziffern der früheren Monate im Juni eine weit schnellere Anpassung der Kleinhandelspreise an die Geldentwertung vollzogen hat. Die Teuerungsmeßziffer der Industrie- und Handels-Zeitung stieg im Juni (Durchschnitt aus 26 Arbeitstagen) auf den 8434fachen Vorkriegsstand (1913/14 = 1), so daß sich im Vergleich zum Maidurchschnitt (Preisniveau von 27 Arbeitstagen) eine allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 110,7 Prozent vollzogen hat. Am stärksten erhöhten sich im abgelaufenen Monat die Ernährungskosten, deren Meßziffer von 5837 auf 12 404, d. h. um 181 Prozent, stieg; während der Anteil der Ernährungsausgaben am gesamten Aufwande einer vierköpfigen Arbeiterfamilie 1913/14 nur 45 Prozent ausmachte, betrug er im Junidurchschnitt 65 Prozent, so daß die Ausgaben für Ernährung sich in dem Gesamtaufwande immer stärker bemerkbar machen. Auf der andern Seite beanspruchten die Kosten für Wohnung im Junidurchschnitt nur 0,81 Prozent der gesamten Lebenshaltungskosten, so daß sich in dieser Gruppe gegenüber dem Vorkriegsanteil mit 29 Prozent der gesamten Kosten eine besonders starke Verschiebung vollzogen hat, die ihrerseits zum Teil ein Gegengewicht für die stärkere Erhöhung des Ernährungsaufwandes bildet. Gleichfalls in der Anteilziffer etwas zurückgefallen sind die Verkehrsausgaben, deren Meßziffer im Junidurchschnitt nur das 5455fache der Vorkriegszeit ausmachte, so daß ihr Prozentanteil von den Gesamtausgaben von 6 Prozent (in 1913/14) auf 3,1 fallen mußte. An Stelle des verringerten Kostenanteiles für Miete, die im Juni nur die 240fachen Vorkriegsausgaben beanspruchte, und des geringen Ausgabenanteiles für Verkehr ist somit die stärkere Steigerung der Kosten für Ernährung, Bekleidung und dergleichen getreten.

Dadurch, daß die kulturellen Ausgaben ein wenig hinter der allgemeinen Preissteigerung zurückblieben, hat sich im Laufe des Monats Juni der Anteil dieses Aufwandes am Gesamtaufwande ein wenig gesenkt, übertrifft aber mit 6,5 Prozent (Mai 7 Prozent) den Anteil der kulturellen Ausgaben, der 5,69 Prozent betrug, ein wenig. Damit, daß die Preise für kulturelle Bedürfnisse nunmehr einen größeren Prozentsatz wie im Frieden ausmachen, ist nun natürlich keinesfalls gesagt, daß die kulturellen Bedürfnisse auch in stärkerem Maße befriedigt werden als früher, sondern ganz im Gegenteil drängt der Rückgang der allgemeinen Einkommenshöhe auf ein Sparen gerade bei diesem Ausgabeposten, was dazu führt, daß die Ausgaben für Ernährung in immer stärkerem Ausmaße die gesamten Lebenshaltungskosten beherrschen!

*

Im Juni ist die Entwertung der Mark, gemessen am amtlichen Dollarmittelkurs in Berlin, wieder ganz außerordentlich stark fortgeschritten. Der Dollarmittelkurs in Berlin stellte sich im Monatsdurchschnitt für Juni auf 106 906,15 gegen einen Monatsdurchschnitt von 47 670,21 im Mai. Die Steigerung des Dollarkurses betrug demnach 130,7 Prozent. Der Kurswert der Mark ist somit auf 1/[illegible] seines Friedenswertes gesunken.

Berufswahl und Berufsberatung

Die Vielgestaltigkeit unsres Wirtschaftslebens und der Ruf nach Qualitätsarbeitern in Handwerk und Industrie verlangt, daß auch die Frage der Regelung des beruflichen Nachwuchses nicht mehr wie bisher dem Zufalle überlassen bleiben kann. Hier soll die Organisation der Berufsberatung helfend eingreifen. Ihr Aufgabengebiet erstreckt sich auf die planmäßige Aufklärung der Oeffentlichkeit über Berufsfragen, auf die Erteilung von Rat und Auskunft an ratsuchende Personen beiderlei Geschlechts in allen Fällen, die die Berufswahl sowohl beim Eintritt in das Berufsleben als auch bei Berufswechsel, die Berufsausbildung und -fortbildung betreffen, auf den Nachweis von beruflichen Ausbildungsstätten und die Vermittlung in beruflich, sittlich und gesundheitlich einwandfreie Anlern- und Lehrstellen. Die Berufswahl soll ausgehen von der Prüfung der körperlichen und geistigen Eignung und soll die wirtschaftlichen Verhältnisse der vor der Berufswahl Stehenden beachten. Gleichzeitig ist Rücksicht zu nehmen auf die Lage des Arbeitsmarktes und die Aussichten für die Zukunft in dem zu wählenden Berufe. Dabei ist eine für die volkswirtschaftliche Entwicklung möglichst günstige Verteilung der Arbeitskräfte anzustreben. Alle an den Fragen der Berufswahl unsrer Jugend interessierten Kreise sind in der Berufsberatungsstelle zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt.

Welche Bedeutung die Berufsberatung in Dresden bereits erlangt hat, geht aus dem Berichte der Hauptstelle für Berufsberatung für das verflossene Beratungs- und Vermittlungsjahr hervor. Aus Schulen des Stadtbezirks Dresden kamen Ostern 1923 zur Entlassung rund 8500 Knaben und 4100 Mädchen aus Volksschulen, 480 Schüler und 280 Schülerinnen aus höheren Schulen, 55 Knaben und 45 Mädchen aus Hilfsschulen. Die Beratungsstellen wurden von 8668 männlichen und 4500 weiblichen Besuchern in Anspruch genommen. Darunter befanden sich 1044 Volksschüler, 1436 Volksschülerinnen, 402 Schüler und 240 Schülerinnen von Fach- und Fortbildungsschulen, 214 Schüler und 408 Schülerinnen von höheren Schulen. 108 männliche und 482 weibliche ältere Personen besuchten die Beratungsstelle. Durch die Vermittlungsabteilungen wurden besetzt 1028 männliche und 673 weibliche Lehrstellen. Demgegenüber lagen 1544 Bewerbungen von Knaben und 1794 von Mädchen vor. Für einige Berufe (Feinmechaniker, Mechaniker, Schlosser, Tischler) wurden in Gemeinschaft mit dem Psychotechnischen Forschungsinstitut der Technischen Hochschule 425 Knaben, für den Beruf der Stenotypistin 78 Mädchen von der Berufsberatungsstelle mit psychotechnischen Untersuchungsmethoden geprüft.

Von den zur Entlassung kommenden Schülern hatten 30,65 Prozent einen Handwerksberuf, 35,13 Prozent eine Lehrstelle in der Industrie, 12 Prozent eine Lehrstelle im Handel, 5,23 Prozent Unterkommen in der Landwirtschaft und Gärtnerei, 4,20 Prozent in sonstigen Berufen eine Stelle gewünscht. 8,79 Prozent wollte keinerlei Beruf ergreifen, sondern mit ungelernter Arbeit das Brot verdienen. Die Berufswünsche der Mädchen gliedern sich in folgender Weise: 27,88 Prozent Handel, 18,76 Prozent Handwerk, 16,11 Prozent Hauswirtschaft, 5,42 Prozent Industrie, 2,86 Prozent Landwirtschaft, 2,62 Prozent Unterricht und Wohlfahrt, 0,75 Prozent künstlerische Berufe. 24,84 Prozent wollte die Ausbildung fortsetzen oder hatte noch keinen bestimmten Berufswunsch geäußert. 1,28 Prozent wünschte ungelernte Arbeit zu ergreifen. Leider konnten aus Mangel an Lehrstellen viele berechtigte Berufswünsche keine Erfüllung finden, so daß sich die Zahlen für die ungelernte Arbeit in Wirklichkeit bei weitem höher stellen. Auf die gemeinsam mit der Schule durchgeführte Aufklärungsarbeit über die Berufe ist es wohl zurückzuführen, daß sich erfreulicherweise recht viele Kinder der gelernten Arbeit, besonders auch dem Handwerk, widmen wollten.

Bei der Fürsorge für die Kinder der Kriegsopfer wurden 840 Aufträge des Ortsamtes für Kriegerfürsorge in den Beratungs- und Vermittlungsabteilungen erledigt. Die Abteilung für Hauslehrstellen hat 108 Mädchen zur hauswirtschaftlichen Ausbildung auf Grund eines einjährigen Lehrvertrages in Familien vermittelt. Da ungefähr 10 Prozent der zur Entlassung kommenden Kinder von den Schulärzten für zur Zeit körperlich berufsuntauglich erklärt werden mußten, wurde in Gemeinschaft mit dem Jugendamte der Stadt eine umfassende Fürsorgetätigkeit entfaltet. 260 Knaben und Mädchen wurden auf längere oder kürzere Zeit in Erholungs- und Pflegestellen auf dem Lande untergebracht. In Fällen wirtschaftlicher Notlage wurden Beihilfen zur Beschaffung von Berufskleidung und Handwerkszeug gewährt.

Die Beratung von Schülern und Schülerinnen höherer Schulen erstreckte sich auf die in Gemeinschaft mit der Akademischen Auskunftsstelle Leipzig durchgeführte Studienberatung und auf die Vermittlung als Lehrling oder Volontär in handwerkliche, technische und Handelsberufe.

Zum Arbeitsbereich der Hauptstelle gehörten im Berichtsjahre die Bezirke folgender Arbeitsnachweisstellen: Freital, Cossebaude, Kötzschenbroda, Hellerau, Radeberg, Niedersedlitz und Bannewitz. Innerhalb dieses Gebietes kamen gegen 1200 Knaben und 1300 Mädchen aus Volksschulen zur Entlassung. Den örtlichen Verhältnissen entsprechend konnten bei den Nebenstellen etwa 20 Prozent in der Beratung und 10 Prozent in der Vermittlung erfaßt werden.

Trotz anfänglicher Widerstände, die meist auf Verkennung der Ziele und Methoden der Berufsberatung zurückzuführen waren, hat man doch mehr und mehr in allen Kreisen die Bedeutung einer planmäßigen Hinüberleitung unsrer Jugendlichen in das Berufsleben erkannt und gewürdigt. So ist zu erwarten, daß auch in diesem Jahre die Hauptstelle Dresden für Berufsberatung ihre Tätigkeit zum Wohle der heranwachsenden Jugend und der einheimischen Wirtschaft weiter ausbauen und entfalten kann.

Die Hauptstelle Dresden für Berufsberatung befindet sich Dresden-A., Wilsdruffer Straße 15, IV., und ist täglich außer Sonnabends, von 10 bis 2 Uhr, geöffnet.

Ein Arzt wegen fahrlässiger Tötung unter Anklage

Der Tod der 26 Jahre alten Schauspielerin Irma Hilde Hopf vom Meißner Stadttheater beschäftigte am Montag die 5. Strafkammer des Dresdner Landgerichts. Die Verstorbene wandte sich im Januar dieses Jahres im zweiten Monate ihrer Schwangerschaft an den in Meißen praktizierenden Arzt Dr. med. Georg Ernst Heller, der nun beschuldigt wurde, durch Fahrlässigkeit in der Ausübung seines Berufs den Tod der Patientin verursacht zu haben. Aus der Vernehmung ergab sich, daß Dr. Heller einen operativen Eingriff zunächst abgelehnt, später aber doch vorgenommen hat, da er ihm unter den obwaltenden Umständen unumgänglich schien. Als der gewünschte Erfolg ausblieb, ließ er die Patientin ins Krankenhaus überführen. Sanitätsrat Dr. med. Olbag hat die Verstorbene als Chefarzt des Krankenhauses weiterbehandelt. Er wurde als Sachverständiger vernommen. Nach seiner Aussage wurde bei der im Krankenhause vorgenommenen Operation festgestellt, daß etwa 80 Zentimeter Blinddarm losgerissen waren. Außerdem wurde eine weitere Darmverletzung und eine fingerlange Rißwunde im Bauchfell festgestellt. Die Blutung wurde zum Stillstand gebracht, die vorhandenen Wunden und der Leibschnitt dann rasch wieder geschlossen. Die Patientin erwachte nach der Operation bald wieder, und es schien, als werde sie die Operation gut überstehen. Zwei Tage nach dem Eingriff des Dr. Heller ist aber die Patientin verstorben. Der Sachverständige hat als Ursache innere Blutungen und beginnende Bauchfellentzündung festgestellt. — Als zweiter Sachverständiger wurde Geheimrat Dr. Schmorl, Dresden, gehört, der die Sektion der Leiche vorgenommen hat. Nach seinem Gutachten erfolgte der Tod durch Bauchfellentzündung, die durch eine Infektion entstanden war. Letztere kann bereits vor dem Eingriff des Dr. Heller erfolgt sein. Sie kann aber auch durch diesen oder später bei der Operation im Krankenhause stattgefunden haben. Es sei auch unmöglich festzustellen, ob die Wunde an der Gebärmutter schon vorhanden gewesen ist, als Dr. Heller eingriff. Sicher sei aber, daß die übrigen vorgefundenen Wunden in der Bauchhöhle und die ausgedehnten Blutungen durch des Angeklagten Eingriff hervorgerufen worden sind. — Der Dresdner Gerichtsarzt, Regierungs-Medizinalrat Dr. Oppe, vertrat als dritter Sachverständiger nach längeren medizinischen Darlegungen die Auffassung, daß der Tod der Patientin durch Dr. Heller wenn auch nicht verschuldet, so doch mitverursacht worden sei.

Der Staatsanwalt forderte die Bestrafung des Angeklagten. Wenn der Tod nicht durch Fahrlässigkeit verursacht worden sei, so liege doch eine Mitschuld nach § 230 des Reichsstrafgesetzbuchs vor. Der Verteidiger forderte die Freisprechung des Angeklagten, da der Tod durch Bauchfellentzündung verursacht worden sei. Es stehe fest, daß schon vor der Behandlung ein Eingriff durch ganz ungeschickte Hand vorgenommen worden ist, bei dem aller Wahrscheinlichkeit nach die Infektion und die verhängnisvolle Verletzung der inneren Organe erfolgte.

Nach langer Beratung kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte der fahrlässigen Körperverletzung nach § 230 des Reichsstrafgesetzbuchs schuldig sei. Dr. Heller wurde zu der im Januar in Frage kommenden höchsten Strafe von 100 000 M. verurteilt.

Mieterschutz. Der zweite Vorsitzende des Bundes deutscher Mietervereine, Rechtsanwalt Groß in Dresden, hat eine Textausgabe des neuen Mieterschutzgesetzes veranstaltet und den einzelnen Paragraphen des Gesetzes ausführliche Erläuterungen beigegeben, so daß der Mieter sich in allen Fällen seines Verhältnisses zum Vermieter Rat holen kann. Selbstverständlich ist, daß man auch in den hierher gehörigen Rechtsfällen sich nicht erst im letzten Augenblicke informiert, sondern von seinen Rechten und Pflichten ohne dringende Not Kenntnis nimmt, um seine Maßnahmen entsprechend einzurichten. — Das Büchelchen ist durch alle Buchhandlungen, auch die der Dresdner Volkszeitung, zu den Tagespreisen zu beziehen.

Zuckerversorgung. Von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin sind neuerdings zwei Pfund Mundzucker und ein Pfund Einkochzucker freigegeben worden. Diese Menge wird mit je einem Pfund auf die Abschnitte Q R und S der Zuckerkarte ausgegeben. Die Abschnitte N. O. P der Zuckerkarte verlieren mit dem Ablauf des 17. Juli d. J. ihre Gültigkeit. Der Bezugsausweis 4 der Zuckerkarte gilt für den Versorgungsabschnitt Juli, August, September 1923. Die Verbraucher haben ihre Zuckerkarte dem Kleinhändler, von dem sie während des Versorgungsabschnitts ihren Zucker beziehen wollen, bis zum 9. Juli zwecks Abtrennung des Bezugsausweises 4 vorzulegen. Die abgetrennten Bezugsausweise 4 sind vom Kleinhändler und Zwischengroßhändler so zeitig gesammelt an den Zwischengroßhandel und Großhandel abzuliefern, daß sie spätestens bis zum 17. Juli im Besitz des Großhandels sind.

Wechsel in der Leitung der Oberpostdirektion Dresden. Der Präsident der Oberpostdirektion Geh. Oberpostrat Sprauger tritt, wie schon mitgeteilt, am 1. Juli in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist der ebenfalls schon genannte Ministerialrat Weigel aus Berlin.

Die Teuerungszahlen des sächsischen Arbeitsministeriums ergeben für die Woche vom 25. Juni bis 1. Juli d. J. eine Steigerung gegenüber der Vorwoche um 29,06 Prozent sowie im Monatsdurchschnitt des Juni gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 113 Prozent.

Neue Preise für Hausbrandkohlen. Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Infolge der eingetretenen Erhöhungen der Frachten und der Fuhr- und Arbeiterlöhne hat sich eine erneute Erhöhung der Verkaufspreise für Hausbrandkohlen nötig gemacht. Die Preise betragen ab 3. Juli ab Bahnlager für Steinkohle je nach Herkunft und Sorte der Zentner 32 320 M. bis 42 890 M., für Niederlausitzer Brikette der Zentner 24 080 M. Die bisher gültigen Zuschläge von 10 M. je Zentner bleiben bestehen. Deckblätter zu den abgestempelten Preisverzeichnissen gehen sämtlichen Kohlenhändlern umgehend zu.

Ruhestandsbezüge. Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Dienstbezüge der aktiven sächsischen Staatsbeamten für die Zeit vom 1. Juli 1923 an werden auch die Versorgungsgebührnisse der in Wartegeld und in Ruhestand befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrer vom 1. Juli 1923 an neu geregelt. Die umfänglichen Neuberechnungsarbeiten sind bereits im Gange und sollen derart gefördert werden, daß die vom 1. Juli 1923 an nach den neuen Bestimmungen zuständigen Versorgungsgebührnisse erstmalig tunlichst vom 1. August an ausgezahlt werden können. In der ersten Woche des Juli wird den Versorgungsberechtigten eine Abschlagszahlung auf die erhöhten Gebührnisse überwiesen werden. Der Restbetrag an erhöhten Gebührnissen für die zurückliegende Zeit wird am 1. August mit ausgezahlt werden. Den Versorgungsberechtigten wird demnächst eine Mitteilung über die Höhe und Zusammensetzung ihrer Versorgungsgebührnisse nach dem Stande vom 1. Juli 1923 zugehen. Aenderungen in den Einkommensbezügen der versorgungsberechtigten über 16 Jahre alten Kinder, die Beendigung der Berufsausbildung derartiger Kinder usw. müssen von den Ruhegeldempfängern den zuständigen Stellen stets mitgeteilt werden. Werden Kinderbeihilfen deshalb, weil solche Mitteilungen unterblieben sind, zuviel gezahlt, so müssen die überhobenen Beträge der Staatskasse erstattet werden. Gegebenenfalls werden sie von künftigen Versorgungsgebührnissen gekürzt.

Ueber deutsche Schulversuche seit der Revolution sprach gestern vor den Dresdner Lehrern der Berliner Oberstudiendirektor Genosse Dr. Fritz Karsen, der Verfasser des bekannten bahnbrechenden Werkes „Deutsche Versuchsschulen der Gegenwart" (bei Dürr in Leipzig). Er bewies, wie unter den zahllosen Versuchsstätten nur die als Orte jugendlichen Gemeinschaftslebens gelten können, die mit dem Gedanken einer Pädagogik vom Kinde aus ehrlich Ernst gemacht haben. Als solche bezeichnete er vor allen andern die Hamburger Gemeinschaftsschulen, die als Schöpfungen des Großstadtproletariats ganz aus der Not der Zeit herausgewachsen sind und auch den Dresdner Versuchen in vielem als Vorbild dienen können.

Konzert zum Besten der Kriegsblinden in der Großen Wirtschaft. Mittwoch den 4. Juli findet von nachmittags 4 Uhr an in der Großen Wirtschaft des Großen Gartens ein Konzert zum Besten des Vereins erblindeter Feldzugsteilnehmer von Dresden und Umgebung statt. Gleichzeitig findet eine Tombola statt, die von freundlichen Gebern mit vielen wertvollen Gewinnen ausgestattet wurde. (Wert des Hauptgewinns 1 Million Mark.) Von abends 9 Uhr an werden sämtliche Gebäude und Gartenanlagen der Großen Wirtschaft illuminiert. Die Kriegsblinden, die das schwerste Opfer aller Ueberlebenden des Völkerringens bringen mußten, werden von der wirtschaftlichen Not am fühlbarsten getroffen. Ihr Lebenslos zu lindern und ihnen das Licht der Nächstenliebe in ihr ewiges Dunkel leuchten zu lassen, sollte Allgemeinpflicht sein.

Verurteilte Pferdediebe. In der Nacht zum 6. Juni drangen der 1894 zu Dresden geborene Arbeiter Walter Emil Sickert und der 1895 zu München-Gladbach geborene, erheblich vorbestrafte Weber Wilhelm Baues gewaltsam in den zur Landesanstalt Arnsdorf gehörigen Stall ein, um Pferde zu stehlen. Damit niemand das Fortbringen der Tiere hörte, wurde Streu ausgebreitet und die vorgefundenen Decken auf das Pflaster gelegt. Den Spitzbuben gelang es, ein Pferd zu entführen und dann in Dresden für acht Millionen Mark zum Kaufe anzubieten. Dabei erfolgte aber ihre Festnahme. Das Dresdner Schöffengericht verurteilte Baues zu einem Jahr sechs Monaten, Sickert zu sechs Monaten Gefängnis.

Die geschenkte Luftbüchse. Der in der Notiz mit obiger Spitzmarke in der Ausgabe unsrer Zeitung vom 29. Juni genannte Georg Fritz Kohleis ist, wie uns mitgeteilt wurde, wohl der Plünderung verdächtig gewesen, durch die Vernehmung aber von diesem Verdacht befreit worden.

Wegen Verkaufs verfälschter Milch hatten sich in zwei Terminen vor dem Schöffengericht zu verantworten der Milchhändler Fürchtegott Emil Rudolph von der Maternistraße und die Milchhändlerin Anna verehelichte Buber von der Mosenstraße. In beiden Fällen wurde nur Fahrlässigkeit für vorliegend erachtet und ersterer zu 20 000 Mark, die Frau zu 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das dritte Opfer des Autounglücks in Grumbach. Im Krankenhause Johannstadt, wohin er von Wilsdruff aus befördert worden war, ist der 45 Jahre alte Autobetriebsinhaber Georg Köhler, der in jener verhängnisvollen Nacht das Auto geführt hatte, der Chauffeursehefrau Lange und dem Uhrmacher Riebel aus Limbach im Tode gefolgt. Frau Lange hatte ihre erste Autofahrt auf Zureden ihres Mannes, der fast unverletzt blieb, mitgemacht.

Gasvergiftung. Am Montag nachmittag in der 4. Stunde wurde in einer Wohnung an der Frankenbergstraße eine 74 Jahre alte Witwe mit Leuchtgas schwer betäubt aufgefunden. Sie hatte versehentlich den Gashahn nicht ordentlich geschlossen gehabt. Nach 45 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff gelang es der Feuerwehr, die betagte Person wieder zum Bewußtsein zu bringen.

Wettervorhersage für den 4. Juli

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Wechselnde Bewölkung. Nur strichweise Regen. Schwache Winde aus wechselnden Richtungen.

Wetterlage. Die gestern südlich Island gelegene Depression dringt ostwärts vor. Ihr Schwerpunkt liegt heute mit 740 Millimeter Druck über Island und Schottland. Gleichzeitig hat der hohe Druck über dem Festlande an Intensität gewonnen. Eine Hochdruckbrücke mit mehreren Kernen von fast 765 Millimeter Druck reicht danach vom Golf von Biskaya bis zum Schwarzen Meer. Die Weiterentwicklung der Wetterlage ist unsicher. Zunächst hat die oben erwähnte Depression der Kälteperiode durch Verdrängen des Hochdrucks über England ein Ende bereitet. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß nach dem Einfluß des hohen Drucks die Einwirkung der Depression auf die Witterung Sachsens nicht erheblich sein wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230703/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus dem Parteileben

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr

Am Mittwoch sind es 51 Jahre her, daß Genosse Emil Zimmermann, Dresden-N., Großenhainer Straße 139, der Sozialdemokratischen Partei beitrat. Sein Leben war so recht das eines Arbeiterkindes. Erst sieben Jahre alt, mußte er bereits in einer Zigarrenfabrik Geld verdienen helfen, um später, nach der Schulentlassung, Zigarrensortierer zu werden. Schon in jungen Jahren erkannte er, daß nur in festem Zusammenschluß der Arbeiterschaft ihre Stärke liegt. Deshalb trat er mit 18 Jahren dem Deutschen Tabakarbeiterverband und dem Dresdner Arbeiterbildungsverein bei. Kurze Zeit darauf, 1869, mußte er zum Militär, nahm an dem Siebziger Feldzug teil und wurde nach Friedensschluß wieder entlassen. Im Januar 1872 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Eisenacher Richtung, bis 1875 die Vereinigung mit den Lassalleanern kam. Seit dieser Zeit wirkte er fleißig und emsig innerhalb der Partei in vorderster Linie. Nichts, auch nicht die Nöte des Sozialistengesetzes, vermochten den Braven, der wiederholt Vertrauensmann und Vorsitzender des 1. Kreises war, abzuhalten, jederzeit sein Alles für seine Klassengenossen einzusetzen. Wiederholt gehörte er als Vorsitzender dem Wahlkomitee an, so in den Jahren 1881, 1884, 1887 und 1898 und verhalf gemeinsam mit den übrigen Parteigenossen des 4. Kreises dem sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen August Kaden, zum Siege. Die Parteigenossenschaft ehrte unsern Emil Zimmermann wiederholt dadurch, daß sie ihn zu Landeskonferenzen nach Leipzig, Dresden, Mittweida und Chemnitz entsandte. Außerdem wurde er zum Bremer Parteitag delegiert. Noch heute nimmt Genosse Zimmermann emsig Anteil an allen Vorgängen in der Partei und besucht fleißig die Versammlungen seines Bezirks Trachenberge. Wir wünschen ihm auch fernerhin Gesundheit und hoffen, daß er als alter Parteiveteran noch recht oft in unsrer Mitte zu weilen vermag.

Neben dem Genossen Emil Zimmermann gehören dem Bezirk Trachenberge noch eine Reihe Parteigenossen an, die sich ebenfalls in jahrzehntelanger Tätigkeit der Partei ununterbrochen und jederzeit zur Verfügung stellten. Es sind dies die Genossen Adolf Marquardt, Trachenberger Straße 3, seit 1880; Genosse Friedrich Claußnitzer, Trachenberger Straße 53 (1881); Robert Wirth, Helgolandstraße 18 (1885), Franz Thiele, Marienhofstraße 50 (1887), Hugo Hedrich, Döbelner Straße 18 (1888), Richard Laras, Döbelner Straße 17 (1889), Karl Lauter, Barbarastraße 48 (1890), Ernst Gömmlich, Marienhofstraße 36 (1890), Ernst Geißler, Marienhofstraße 61 (1890), Joseph Elsner, Riesaer Straße 8 (1890), Gustav Becker, Grimmaische Straße 2 (1891), Emil Wermuth, Riesaer Straße 30 (1891), Moritz Körbach, Großenhainer Str. 139 (1891), Artur Miersch, Großenhainer Straße 139 (1892), Hermann Meister, Hubertusstraße 52 (1892), August Thieme, Marienhofstraße 76 (1892), Hans Hoppe, Hans-Sachs-Straße 27 (1893), Ernst Golde, Trachenberger Str., Konsum (1894), Gustav Schumann Großenhainer Str. 139 (1895), Karl Schröder, Marienhofstraße 48 (1895), Otto Fichtner, Barbarastraße 49 (1895), Heinrich Marks, Rückertstraße 139 (1895), Ernst Marks, Rückertstraße 20 (1895), Paul Schneider, Hans-Sachs-Straße 32 (1897), Max Kittner, Rückertstraße 12 (1897), Hermann Thieroff, Großenhainer Straße 34 (1897), Alfred Lamm, Großenhainer Straße 131 (1897), August Döring, Döbelner Straße 27 (1897), Emil Ebert, Hubertusstraße 50 (1898), Max Jungnickel, Friedensstraße 16 (1898) und Genosse Kunath. Es ist der Wunsch der Parteigenossen, daß die treuen Kämpen noch recht viele Jahre im Vollbesitz ihrer Kräfte gemeinsam mit den jüngeren Genossen und Genossinnen im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung mitwirken können. Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Der Bezirk Trachenberge veranstaltet zu Ehren der treuen Parteigenossen Mittwoch den 4. Juli, abends 7½ Uhr, im Deutschen Haus, Großenhainer Straße, eine schlichte Feier, in der Genosse Buck die Ansprache halten wird.

Betriebsvertrauensmänner und Parteifunktionäre!

Die politische Leitung des Proletarischen Selbstschutzes Groß-Dresden hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, zur Deckung der durch die Organisierung des P. S. S., der Anschaffung der notwendigen Aufnahmescheine, Legitimationskarten und Armbinden entstehenden Unkosten

Sammellisten für den P. S. S.

herauszugeben. Dieselben sind von allen Betriebsvertrauensleuten im Bezirkssekretariat der V. S. P. D. in Dresden-A., Wettinerplatz 10, I., täglich von 8 bis 5 Uhr abzuholen. Die Ausgabe dieser Sammellisten erfolgt nach Vereinbarung mit der K. P. D. nur im V. S. P. D.-Bezirkssekretariat. Da bisher erst ein kleiner Teil der Betriebe mit Sammellisten versehen ist, ersuchen wir alle Betriebsvertrauensleute, nunmehr baldigst die Sammellisten in Empfang zu nehmen.

Die politische Leitung.

J. A.: Karl Bethke. Rudolf Renner.

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß Dresden. Die Besichtigung des staatlichen Schwesternhauses und der Landesanstalt Arnsdorf findet Sonntag den 8. Juli statt. Die Abfahrt erfolgt 2.33 Uhr ab Hauptbahnhof. Ankunft Arnsdorf 3.24 Uhr. Der Vorstand.

4. Unterbezirk

Jungsozialisten. Gruppe Neustadt. Mittwoch, 7½ Uhr, im neuen Lokal, Restaurant zum Görlitzer Garten, Görlitzer Straße, Vortrag des Genossen Hahn.

Kinderschutzkommission. 4. Unterbezirk (Fachausschuß. Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß). Mittwoch bei schönem Wetter Wanderung ins Freie. Die Kinder stellen sich um 3 Uhr am Bischofsplatz. — Pieschen: Stellen 3 Uhr am Leisniger Platz.

Weißig bei Pillnitz. Freitag den 6. Juli, Punkt 8 Uhr, veranstaltet die V. S. P. D. im Gasthofe eine Gedenkfeier für Walter Rathenau. Oberregierungsrat Genosse Dr. Ulich vom Kultusministerium entwirft das Lebensbild des großen Toten und führt, soweit möglich, in dessen Gedankenwelt ein. Genosse Hennig spricht die beiden Goetheschen Dichtungen „Das Göttliche" und „Fausts Tod". Genosse Müller bietet, teils im Verein mit dem Genossen Ludewig (Violine), Klaviermusik von Beethoven. Die Jugend Boschwitz trägt zwei Chorlieder vor. — Alle Darbietungen werden sich im Rahmen eines künstlerischen, die Gefühlswerte betonenden Abends halten. Eine Debatte findet natürlich nicht statt. Diese Feier will einmal ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit allen denen eine Stunde der Erhebung und Besinnung sein, die den edlen, hingebungsvollen Mann teils ehren, teils besser kennen lernen möchten. Genossen, auch ihr aus der Umgegend, sorgt für ein volles Haus! Vergaßt auch nicht, eure heranwachsenden Söhne und Töchter mitzubringen!

Frauengruppe Kötzschenbroda-Niederlößnitz. Donnerstag 8 Uhr, im Heiteren Blick, Vortrag der Genossin Franke über: Jesus.

Gruppe Kötzschenbroda-Niederlößnitz. Die Gruppe unternimmt Sonntag den 15. Juli einen Ausflug mit Musik durch das Saubachtal nach der Rendeckmühle, zurück durch den Niederwarthaer Park. Abfahrt mit dem Dampfer ab Kötzschenbroda 11¾ Uhr. Eine rege Beteiligung wird erwartet. Pünktlich erscheinen!

6. Unterbezirk

Frauengruppen Striesen 2, 3 und 4. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Frauenabend im Schillerhof. Vortrag des Genossen Dr. Sworowski über Mutterschutz. — Genossinnen, erscheint recht zahlreich! Kein Trinkzwang.

Bezirk Niederfedlitz. Freitag den 6. Juli, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Leuben Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Parteisekretär Rudolf Nahatzig über Arbeiterwohlfahrtspflege.

Bezirk Bannewitz-Welschhufe. Mittwoch den 4. Juli, abends 7½ Uhr, in Voigts Restaurant Verwaltungssitzung. Sehr wichtige Tagesordnung. Die Parteifunktionäre müssen vollzählig erscheinen.

Bezirk Schmiedeberg. Donnerstag den 5. Juli, abends 7½ Uhr, im Restaurant Claus Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Dr. Wünsche über Sozialdemokratie und Bodenreform.

Ausschneiden! Aufheben!

Gemeinsamer Selbstschutz

Die politische Leitung des proletarischen Selbstschutzes hat in Bezug auf die organisatorische Gliederung des proletarischen Selbstschutzes Groß-Dresden folgende Richtlinien beschlossen:

Richtlinien für den Aufbau des gemeinsamen proletarischen Selbstschutzes in Groß-Dresden.

a) Grundsätzliches:

Der organisatorische Aufbau des proletarischen Selbstschutzes (P. S. S.) in Dresden erfolgt gemeinsam von der S. P. D. und der K. P. D. unter Anlehnung an die bestehenden Parteiorganisationen.

b) Organisatorisches:

Die bereits bestehenden Abwehrorganisationen werden zu einer gemeinsamen Organisation ausgebaut. Die in den Betrieben beschäftigten Mitglieder dieser Organisation werden zu Betriebsformationen zusammengefaßt.

Für jedes aufzunehmende Mitglied ist der vorschriftsmäßige Aufnahmeschein auszufüllen.

Ueber die Aufnahme der nur freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter entscheidet die politische Leitung für Groß-Dresden.

Die Betriebsformationen werden wie die Bezirksformationen in Gruppen, Abteilungen und Hundertschaften gegliedert.

Für den Betrieb wird eine Leitung aus zwei Mann bestimmt, die von der politischen Leitung für Groß-Dresden zu bestätigen ist. Die Betriebsformationen sind ebenfalls der politischen Leitung in Dresden unterstellt.

c) Leitung:

Die politische Leitung für Groß-Dresden besteht aus fünf S.-P.-D. und drei K.-P.-D.-Genossen.

Der Sitz der politischen Leitung ist das Bezirkssekretariat der S. P. D., Dresden-Altstadt, Wettinerplatz 10, I., Telephon: 18 367 und 18 476.

Der politischen Leitung wird ein technischer Beirat angegliedert, der aus drei Personen besteht, von denen die S. P. D. 2 und die K. P. D. einen ernennen.

Die Ernennung erfolgt durch die politische Leitung Groß-Dresden.

d) Bezirkseinteilung:

Groß-Dresden wird in fünf Bezirke eingeteilt, und zwar:

1. Bezirk: Striesen-Laubegast,
2. Bezirk: Altstadt-Südwest,
3. Bezirk: Löbtau-Cotta-Briesnitz,
4. Bezirk: Neustadt-West,
5. Bezirk: Neustadt-Ost.

Jeder Bezirk stellt einen technischen Leiter und einen Stellvertreter.

Die Wahl erfolgt in der Bezirksversammlung.

Jeder Bezirk wird in Gruppen bzw. Hundertschaften gegliedert. Die Wahl der Gruppen- bzw. Hundertschaftsführer erfolgt durch die Mitglieder der Gruppe bzw. Hundertschaft. Die Bestätigung der Bezirks- und Hundertschaftsführer erfolgt durch die politische Leitung Groß-Dresden.

Jeder Bezirk errichtet zur Erledigung der geschäftlichen Arbeiten (Ausfüllung und Entgegennahme der Aufnahmescheine, Ausfüllung und Aushändigung der Legitimationskarten, der Armbinden usw., Registrierung der Mitglieder usw.) eine Geschäftsstelle.

Für den proletarischen Selbstschutz Groß-Dresden werden einheitliche weiße Armbinden mit dem roten Namenszug „P. S. S. Groß-Dresden" geliefert. Außerdem werden die Binden mit dem Bezirksstempel des P. S. S. abgestempelt. Die Armbinden bleiben Eigentum des P. S. S.

e) Mitgliedskarten:

Für jedes Selbstschutzmitglied wird eine Mitgliedskarte ausgestellt, die den Namen und die Wohnung des Mitgliedes, die Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, die Betriebswerkstätte, sowie den Bezirksstempel des proletarischen Selbstschutzes enthält.

Desgleichen wird für Hundertschafts- und Bezirksführer, für Mitglieder des technischen Beirates und der politischen Leitung je eine Sonderkarte ausgestellt. Zur Aufnahme von Mitgliedern müssen die vorschriftsmäßigen Aufnahmescheine benutzt werden, die gleichfalls die Frage nach der Betriebswerkstätte enthalten.

Um die Kosten für Armbinden, die notwendigen Druckmaterialien und Sonstiges aufzubringen, werden Sammellisten herausgegeben und in den Betrieben verbreitet.

Die politische Leitung.

J. A.: Karl Bethke. Rudolf Renner.

Gewerkschaftsbewegung

Um das Beamtenrätegesetz

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm in seiner Vorstandssitzung am 28. Juni nachfolgende gegen die Verschleppung und Verschlechterung des Beamtenrätegesetzes gerichtete Entschließung an:

„Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat durch die Presse Kenntnis von den Besprechungen der Fraktionsführer mit dem Reichskanzler über das Beamtenrätegesetz erhalten. Das hierbei in Aussicht genommene Verfahren — schriftliche Stellungnahme der Reichsregierung, Landesregierungen und Weiterbehandlung durch den Reichstag auf Grund dieser Gutachten — ruft ernste Befürchtung sowohl für die materielle Gestaltung des Gesetzes als auch für seine baldige Verabschiedung überhaupt in der Beamtenschaft hervor. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erwartet daher vom Reichstag als der gesetzgebenden Instanz, daß er das Beamtenrätegesetz, das sich schon über zwei Jahre in Beratung des Reichstages befindet, auf der Grundlage der Beschlüsse des 29. Ausschusses in zweiter Lesung weiter berät und beschleunigt zur Verabschiedung bringt, um für die Beamtenschaft endlich die von der Verfassung gegebene Zusage zu verwirklichen."

Gegen deutschnationale Verleumdungen

Vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten wird uns geschrieben:

Die nationalistische und Generalanzeiger-Presse beglückt ihre Leser mit einem Artikel: „Zerfallerscheinungen in der sozialistischen Angestelltengewerkschaft". Der Urheber dieses Artikels ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der es wieder einmal für erforderlich hält, seinen unbequemen Gegnern, vor allem dem Zentralverband der Angestellten, eins auszuwischen. Den Anlaß zu diesem unfairen Kampf bietet ein Brief, den sieben ehemalige Angestellte der Hauptverwaltung des Zentralverbandes der Angestellten an die Beschwerdeinstanzen dieses Verbandes gerichtet haben „sollen". In dem Artikel „Zerfallerscheinungen in der sozialistischen Angestelltengewerkschaft" wird behauptet, daß der Z. d. A. gefälschte Mitgliederzahlen veröffentlicht, daß seine Sekretäre gezwungen werden, der S. P. D. anzugehören, daß eine übermäßig starke Fluktuation innerhalb des Verbandes stattfindet usw.

Alle diese Behauptungen sind glatte Unwahrheiten oder vollkommene Verdrehungen des Gewährsmannes des D. H. V.

Zu dem angeblich abgesandten Brief ist zu bemerken, daß derselbe bisher keiner der angegebenen Instanzen des Z. d. A. zugegangen ist. Das Machwerk ist also scheinbar nur für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband angefertigt worden. Dies bestätigen auch die fünf andern Angestellten, die den Brief in der Form, wie ihn der D. H. V. veröffentlicht, unterschrieben haben sollen, in einer Erklärung, die uns im Wortlaut vorliegt und aus der hervorgeht, daß sie in der Veröffentlichung des Briefes einen großen Mißbrauch des Gewährsmannes des D. H. V. erblicken, und daß der größte Teil des Inhalts des Briefes nachträglich gefälscht wurde, besonders auch, was die verlogene Behauptung über die Angabe falscher Mitgliederzahlen betrifft.

Sie erklären insbesondere, daß es eine bewußte Lüge ist, daß die Sekretäre des Z. d. A. der S. P. D. anzugehören hätten. Vor allem betonen sie in der Erklärung, daß Reichert (so heißt der Gewährsmann des D. H. V.) es verstanden hat, aus dem Beschwerdebrief durch ausgiebige Fälschungen eine verleumderische Hetzschrift gegen den Z. d. A. zu machen.

Es würde zu weit führen, die Erklärung wörtlich abzudrucken, aber es kann nur festgestellt werden, daß die früheren Kollegen des Reichert, die heute noch Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten sind, nicht mit Reichert solidarisch sind. Der D. H. V. huldigt in diesem Falle, wie so oft, dem deutschvölkischen Grundsatz: Nur feste drauflos gelogen, etwas bleibt schon hängen!

Die Angestellten müßten diesen Interessenvertretern ein für allemal die richtige Antwort geben, und zwar die, daß sie unverzüglich dem D. H. V. die Türe weisen und dem freigewerkschaftlichen Z. d. A. beitreten.

Reichssektion Gesundheitswesen. Mittwoch den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Nitzenbergstraße 2, Vertrauensmännersitzung. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

Behördenangestellte (Reichs-, Staats-, Post- und Gemeindeangestellte). Heute Dienstag, abends 7 Uhr, findet im Eldorado, Steinstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt. Es ist Pflicht jedes Behördenangestellten, diese Versammlung zu besuchen.

Noch keine Klärung. Die vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Verhandlungen zur Vermeidung des in Berlin drohenden Metallarbeiterstreiks waren am Montag abend 8½ Uhr noch nicht beendet. Der Vertreter der Metallarbeiter forderte in den Verhandlungen eine Erhöhung des Stundenlohnes für die letzte Juniwoche auf 8500 M., ferner die zweimalige Lohnauszahlung in der Woche. — Eine weitere Meldung besagt, daß die Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen wie dem Metallarbeiterverband im Reichsarbeitsministerium zur Einsetzung eines Schlichtungsausschusses geführt haben, der heute einen Schiedsspruch über die Julilöhne der Metallarbeiter fällen soll. Beide Parteien sind sich bei den gestrigen Verhandlungen soweit entgegengekommen, daß man die Streikgefahr in der Berliner Metallindustrie als beseitigt ansehen kann.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschecho-Slowakei hat mindestens 800 000 Arbeiter erfaßt. Die Kohlenförderung hat sich wesentlich verschlechtert. Die vorübergehende Nachfrage infolge der Ruhrbesetzung ist geschwunden. Nach der Darstellung des Geschäftsführers der tschecho-slowakischen Industrie sei eine Ermäßigung der Eisenbahntarife und die Verbilligung der Kohlen notwendig, deren Erzeugungskosten wesentlich herabgesetzt werden müßten. Das heißt ins Deutsche übertragen — die Industriellen in der Tschecho-Slowakei wie überall wollen die Arbeitslosigkeit zu stärkerem Lohndruck ausnutzen.

Die Pariser Buchdrucker haben den Kampf gegen die faschistische Action Française mit dem Erfolg aufgenommen, daß dieses Schmutzblatt seit mehreren Tagen nicht mehr erscheint. Es wurde zuletzt in einer kleinen Quetsche von Gelben notdürftig hergestellt. Die Organisation der Buchdrucker setzte es durch, daß die Gelben entlassen wurden. Die Action Française hatte die Zerstörung von Druckereien der Linkspresse durch ihre Anhänger ausdrücklich gutgeheißen. — Wir hoffen, daß die Schurkereien, die gegen unser Parteiorgan in Münster i. W. verübt wurden, die einzigen in Deutschland bleiben und damit Gegenmaßnahmen wie in Frankreich sich als überflüssig erweisen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Cotta. Mittwoch (7) Vorstandssitzung beim Genossen Nättig. Donnerstag (7) Vortrag über Jugend und Militarismus. Genosse Lehrer Marx.

Verloren fünfzehn Eintrittskarten (Lichtbildervortrag Nürnberg), wahrscheinlich in der letzten Helferversammlung. Der Finder wird gebeten, die Karten in der Buchhandlung der Dresdner Volkszeitung oder im Jugendsekretariat abzugeben.

Bezirk Altstadt. Alle Gruppenkassierer werden dringend gebeten, am 5., 6. und 7. Juli beim Genossen Lehmann abzurechnen. Sammellisten nicht vergessen! Die Zeit muß unbedingt innegehalten werden, damit unnötiges Mahnen in der Zeitung unterbleiben kann. Von 5 bis 7 Uhr wird abgerechnet.

Gruppe Gittersee. Morgen (Mittwoch) Sörmus-Konzert im Gasthof Gittersee. Treffen 7 Uhr an der Turnhalle.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Arbeiterfingergruppenverein Vorwärts (Intersystemal). Freitag den 6. Juli, abends 7 Uhr, äußerst wichtige Sitzung im Volkshaus, Zimmer 8.

Bezirksmieterausschuß Striesen, Blasewitz, Tolkewitz, Laubegast. Dienstag den 3. Juli, abends 7½ Uhr, Versammlung des 1. und 2. Unterbezirks im Restaurant Wartburgschänke, Wartburgstraße. Wahl von Straßenobleuten.

Freidenker. Cotta. Die am 7. Juli geplante Abendwanderung findet am 21. Juli nach Mobschatz statt. Desgleichen machen wir auf den Montag den 9. Juli, abends 8½ Uhr, im Rathaus stattfindenden Vortrag des Genossen Emil Kotte aufmerksam. Thema: „Das Unterbewußtsein und Traumwesen." — Gäste willkommen. [b 409

Zweite Mädchen-Fortbildungsschule. Zusammenkunft der Schulentlassenen Mittwoch den 4. Juli, abends 7 Uhr, Zimmer 72.

Elternvereinigung, 27. Volksschule. Donnerstag den 5. Juli, abends 7½ Uhr, in Richters Restaurant, Ecke Mohn- und Markusstraße: Wichtige Versammlung. Anschließend Besprechung der Elternratsmitglieder. — Noch im Besitz befindliche Straßenlisten sind mitzubringen.

Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigten u. Kriegerhinterbliebenen. Ortsgruppe Dresden, Bezirk II. Freitag den 6. Juli, abends 7½ Uhr, Halbjahrs-Generalversammlung im Jugendheim, Opvellstraße. Erscheinen ist Pflicht.

Zentrale für die freie Schule. Mittwoch, 7 Uhr, Volkshaus. (Elternratswahl. Bericht aus Hannover u. a.)

Arbeiter-Esperantisten. Gruppe Dresden. Donnerstag den 5. Juli, abends 7 Uhr Volkshaus, Vortrag mit Lichtbildern über: Greka olimpiado. (Kam. Hakker.) Gäste willkommen.

Allgemeiner Mieterbewohnerverein Dresden. 6. Unterbezirk. Gruppe 2. Dienstag den 3. Juli, abends 7½ Uhr, im Materniho f. Maternistraße: Obmännerversammlung. — Gruppe 1. Donnerstag den 5. Juli, 7½ Uhr, Materniho f: Obmännerversammlung. — Plauen. Freitag den 6. Juli, 7½ Uhr: Mietervertreterversammlung, Grenzburg, Zwickauer Straße.

•

Anzeigen für den Versammlungs- und Vereinskalender sind bis spätestens 9 Uhr vormittags bei der Anzeigenabteilung einzuliefern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230703/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus dem Wirtschaftsleben

Die stark fortschreitende Geldentwertung hat natürlich zur Folge, daß auch weiterhin unser Notenumlauf stark zunimmt. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Juni war der Banknotenumlauf in der Berichtswoche um den ungeheuren Betrag von 2186,6 auf 18 091,7 Milliarden Mark gestiegen. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen stellte sich auf 123 Milliarden Mark. Wir erleben jetzt in kurzen Zeiträumen starke Erhöhungen der

Kohlen- und Eisenpreise,

aber trotzdem sind unsre Kohlen- und Eisenpreise der Dollarsteigerung noch nicht nachgekommen. Deutsche Kohle und deutsches Eisen stellen sich erheblich billiger als englische Kohle und englisches Eisen. Die Tonne rheinische Fettförderkohle kostete am 25. Juni 584 880 M., während für englische Kohle 805 036 M. pro Tonne gezahlt wurde. Eine Tonne deutsches Eisen kostete 2 679 000 M., eine Tonne englisches Eisen entsprechender Qualität 3 172 192 M. Die englische Kohle ist also 1,4 mal so teuer wie die deutsche. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei dem Eisenpreis. Die Eisenpreise sind am 24. Juni wieder erhöht worden. Eine Tonne Hämatit, deren Preis am 16. Juni auf 2 226 000 M. festgesetzt war, stellte sich vom 24. Juni an auf 3 228 000 M. Die Getreidepreise haben eine noch nie erlangte Höhe erreicht. Am 30. Juni kostete der Zentner märkischer Weizen 375 000 M. bis 380 000 M. Welch ungeheure Steigerung in den letzten Wochen sich vollzogen hat, kann man daraus ersehen, daß am 12. Juni ein Zentner märkischer Weizen 143 000 M. bis 146 000 M. kostete. Bei der schnell fortschreitenden Geldentwertung wäre es ganz in der Ordnung, wenn auch die Einnahmen des Reiches möglichst wertbeständig gestaltet würden. Die vom Reich erhobenen

Ausfuhrabgaben

werden häufig sechs bis acht Wochen nach ihrer Veranlagung bezahlt. Verschlechtert sich in dieser Zeit die Währung, so macht der Industrielle oder Exporteur, der die Abgabe zu zahlen hat, ein gutes Geschäft, weil er dann seine Zahlung in inzwischen entwertetem Gelde entrichtet. Deswegen hat der wirtschaftliche Ausschuß des Reichswirtschaftsrates sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Abgabe wertbeständig gestaltet wird, so daß in Papiermark berechnet in Zukunft der Zahlungspflichtige entsprechend mehr zu zahlen hat, wenn in der Zeit zwischen Veranlagung der Ausfuhrabgabe und ihrer Entrichtung der Wert der Mark gesunken ist. Eine weitere Folge der Geldentwertung ist das starke Bedürfnis nach wertbeständigen Anleihen. Neben den vielen Roggen-, Kali-, Kohlen- usw. Anleihen, die dieses Bedürfnis befriedigen wollen, tritt jetzt die vor kurzem errichtete

Süddeutsche Festwertbank

in Stuttgart mit einer Emission hervor, und zwar gibt sie fünfprozentige Goldobligationen aus. Zeichnungspreis, Zins und Kapitalzahlung bemessen sich nach einem Gramm Feingold gleich 2,79 Goldmark. Der Erlös der Emission dient vor allem der Finanzierung werbender Anlagen auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung in Süddeutschland sowie zur Gewährung von Rentendarlehen. Gründer der Festwertbank sind eine Anzahl süddeutsche Hypothekenbanken.

Der Schaaffhausensche Bankverein,

eins unsrer bedeutendsten Bankinstitute, veröffentlicht jetzt seinen Geschäftsbericht. Mit einem Nominalkapital von 100 Millionen Mark hat er einen Reingewinn von über einer Milliarde Mark erzielt. Davon werden 150 Millionen für eine Dividende von 150 Prozent verwendet, während 850 Millionen den Reserven zugeführt werden. Das Aktienkapital befindet sich vollständig im Besitz der Diskontogesellschaft.

Wie in der Eisen- und Stahlindustrie, so findet auch in der chemischen Industrie eine starke

Konzentrationsbewegung

statt. Jetzt ist zwischen den oberschlesischen Kokswerken und chemischen Fabriken A. G. und der Sacharinfabrik A. G. vorm. Fahlberg, List u. Co. in Magdeburg zur Wahrung gemeinsamer Interessen auf dem Gebiete der chemischen Industrie eine Interessengemeinschaft vereinbart worden, die durch Austausch von Aktien und Mitgliedern des Aufsichtsrates beider Gesellschaften gewährleistet worden soll. Die Sacharinfabrik wird ihrer Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 75 Millionen Stammaktien vorschlagen, wovon den oberschlesischen Kokswerken ein Teil im Tausch gegen Aktien der Kokswerke überlassen und ein andrer Teil den Aktionären der Sacharinfabrik zum Bezuge angeboten werden.

Bulgarien,

das in der europäischen Politik eine so große Rolle spielt, ist, wie alle Balkanstaaten, ein ausgesprochenes Agrarland. Die Industrie befindet sich erst in den Anfängen. Immerhin gab es dort 1910 261 vom Staate unterstützte Industrieunternehmungen, 1921 bereits 514, von denen 430 keiner staatlichen Unterstützung mehr bedürfen. Unter den Industrieanfängen nahmen die Textilfabriken die erste Stelle ein, dann die Mühlenindustrie, die Alkoholfabrikation aus Korn und Mais, die Brauereien und die Rübenkultur. Die Bergwerke, die fast ausschließlich in Staatshänden sind, förderten 1921 854 534 Tonnen Kohle. Sie deckten fast den bulgarischen Bedarf. Augenblicklich leidet Bulgarien an einer Geldkrise. Durch die Vervierfachung der Zölle im Jahre 1922 ist die Teuerung, die auch auf den schlechten Stand des bulgarischen Geldes zurückzuführen ist, verschärft worden. Durch die Reparationskommission ist aber Bulgarien angewiesen worden, nicht mehr als 4700 Millionen Noten auszugeben. Das sind siebenmal mehr als im Frieden, während die Preise zwanzig- bis fünfundzwanzigmal gestiegen sind. Daraus müssen sich für den Handel große Schwierigkeiten ergeben. Besonders wird dadurch der Tabakhandel betroffen werden, da sich die für den Ankauf der Ernte notwendigen 1½ Milliarden kaum werden aufbringen lassen. Die Reparationsfrage ist für Bulgarien verhältnismäßig günstig gelöst. Von den 2¼ Milliarden Goldfranken, die Bulgarien zu zahlen hat, sind in den nächsten sechzig Jahren mit 5 Prozent Zinsen vorläufig nur 550 Millionen Goldfranken in Jahresbeträgen, steigend von 5 bis 480 Millionen zu zahlen. Der Dollar, der im August 1922 noch 176 Lewa kostete, notiert heute mit 100. Der ermordete Ministerpräsident Stambulijski hatte sich stark bemüht, ausländisches Kapital nach Bulgarien hereinzubekommen, dem weitgehende Begünstigungen gewährt werden. Von den bulgarischen Angeboten hat bisher das Kapital keinen Gebrauch gemacht. Angeblich, weil die heutige bulgarische Regierung den Handel und die Industrie möglichst auf genossenschaftliche Basis stellen will. In Bulgarien ist viel gebaut worden. Allein in Sofia sind tausend neue Häuser entstanden. Die Regierung hat, um die Wohnungsnot zu beheben, ein Gesetz herausgebracht, das den Boden wegzunehmen droht, der bis 1928 nicht bebaut wird. Die Stadt Sofia gibt kostenlos Baugeld und nimmt dafür nur ganz kleine Mietgelder. Nach 20 Jahren wird dann der Erbauer Eigentümer von Grund und Boden. Auf diese Weise entstand außerhalb Sofia eine Reihe ganz neuer Häuserviertel.

Sport • Spiel • Körperpflege

Schwimmergruppe des 9. Turnbezirks

Mittwoch den 4. Juli, abends 7 Uhr, im Luftbad beim Genossen Wolf erweiterte Gruppensitzung. Am Montag den 9. Juli sämtliche Wasserballer um 6 Uhr in Kleinnaundorf. Mittwoch den 11. Juli sämtliche Schwimmerinnen um 6 Uhr im Luftbad zur gemeinschaftlichen Uebung. Es wird allen Abteilungen zur Pflicht gemacht, die Sportlerübungen zu üben und sich vollzählig am Gruppenschwimmfest Freiberg zu beteiligen.

K. T. V. 9. Bezirk. Plauenscher Grund. Donnerstag den 5. Juli, abends 7 Uhr, Uebungsstunde in Oberdöhlen. Infolge der Verpflichtungen zum Bezirksturnfest werden auch die säumigen Mitglieder ersucht, unbedingt anwesend zu sein.

Achtung! Kampfrichter 9. Bezirk. Donnerstag den 5. Juli Zusammenkunft in Oberdöhlen. Jeder Verein hat mindestens einen Kampfrichter zu entsenden.

Arbeiter-Radfahrerbund, Mitgliedschaft Dresden. 8. Juli, Badetour nach Moritzburg treffen früh 7 Uhr am Mittelteich. Mundvorrat sowie Musikinstrumente mitbringen. — Versammlungen im Juli: Altstadt: 6. Juli, Frischauf-Schänke, Cotta: 4. Juli, Goldener Anker, Kaditz: 5. Juli, Baudörfer, Kemnitz, Stetzsch: 6. Juli, Lindenhof, Stetzsch, Löbtau-Plauen: 13. Juli, Bürgergarten, Neustadt: 4. Juli, Restaurant Rotte, Striesen-Johannstadt: 10. Juli, Zum Landsknecht, Motorfahrer: 17. Juli, Frischauf-Schänke, Straßen-Weitfahrer: 7. Juli, Frischauf-Schänke. In letzter Bezirksversammlung wurden folgende Beiträge festgesetzt: für Genossen 1000 M., für Genossinnen 800 M. und für Jugendliche 500 M.

Arbeiter-Mandolinistenbund. Ortsgruppe Dresden. 6. Juli, 8 Uhr abends, erweiterte Vorstandssitzung im Restaurant Freiberger Hof, Freiberger Platz 27 (Schule). Alle Vorstandsmitglieder, Dirigenten und Vereinsdelegierten müssen anwesend sein.

Touristenverein Die Naturfreunde. 1. Bezirk. Ortsgruppe Dresden. Am 4. Juli Verwaltungssitzung. 7 Uhr Volkshaus. — 5. Juli Mitgliederversammlung, 7,30 Uhr Volkshaus, Saal 1, Bericht von der Vertrauensmännerkonferenz. Vortrag des Genossen Richter: Mein Programm als Führerobmann. — Sektion für Naturkunde. 4. Juli, 7 Uhr, im Volkshaus Arbeitsabend. — Volkstanzgruppe. 4. Juli, 7 Uhr, Uebungsabend in der Turnhalle 9. Volksschule. — Plauenscher Grund. 6. Juli Abendwanderung mit Spielen im Freien. — Bannewitz. Jugendabteilung. 5. Juli Vortrag. — Briesnitz-Cossebaude. 5. Juli Vortrag: Bedeutung des Deutsch-österreichischen Alpenvereins. Genosse Scheinfuß. — Loschwitz. 5 Juli Halbjahrsversammlung, 7,30 Uhr Eule. — Rabenau-Deisa. 6. Juli Monatsversammlung und Vortrag: Körperkultur. Genosse Lehrer Mütze. 8 Uhr Sängerheim. — Dorfhain-Klingenberg. 5. Juli Versammlung. 8 Uhr große Eiche. — Radeberg. 4. Juli Monatsversammlung im Deutschen Haus.

Naturfreunde Löbtauer Wirtschaften. Heute Dienstag: Halbjahrsversammlung. Beginn 7½ Uhr.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Wachmann; für Sachsen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Dresdner Chronik und Aus der Umgebung: Fr. Holzapfel, sämtl. in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff, für Inserate Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Naden u. Romp., Dresden.

Parteigenossen und -genossinnen! : Kauft bei unsern Inserenten :

■ Empfehlenswerte Dresdner Firmen sowie Großhandel und Industrie ■

Wäsche — preiswert
F.A. Horn, Ferdinandstr. 3

E. W. Starke
Leinen und Wäsche
An der Kreuzkirche 1b

Aug. F. Zimmermann
Dresden-A., Trompeterstraße 7
Herrengarderobe in reicher Auswahl
Tadelloser Sitz — Nur gute Qualität
Preise zeitgemäß außerordentlich billig

Herm. Mühlberg
Wallstraße Webergasse Scheffelstraße
Erstes Mode- und Ausstattungshaus
Strümpfe / Trikotagen / Sportgeräte

Posner & Co.
Prager Straße 32
Herren- und Damenschneiderei
Pelze

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Ohne Gewähr! B (Musterschutz.)

Abfahrtszeiten:
Dresden-Possendorf: 7.04, 10.55, 2.05, 5.06, 9.10 (ausg. f. u. Mittw.), 10.58 (feiertags und Mittwochs).
Dresden-Geising-Altenberg: 8.33 (w. 5.40), 10.35, 3.12, 7.52.
Dresd.-Kipsdorf: 5.50, 9.42, 1.14, 4.41, 7.22, (w., ausg. Mittw.), 11.12 (f., auch Mittwochs).
Dresden-Gottleuba: 6.17, 1.11, 4.46, 7.52 (tägl., außer Mittw.), 10.30 (nur Mittwochs).
Dresd.-Frauenstein: 6.20, 11.52, 9.20.
Dresd.-Dürrröhrsdorf-Neustadt (Sa.): 4.03 (w.), 8.07, 10.55, 2.03, 4.40 (w. b. Dürrröhrsd.), 6.05 (n. f. u. n. b. m. Sept.), 7.44, 10.30 (n. f., Mittwochs u. am letzt. W. jed. W.).
Dresd.-Radebeul-Radeburg: 6.35, 8.42 (f. b. Moritzburg-E.), 11.39, 2.15, 5.30 (w.), 7.35 (f.), 10.33.
Dresden-Wilsdruff-Nossen: 5.50, 9.42, 1.14 (b. Wilsdr.), 3.12, 4.41 (b. Wilsdruff, f. b. Mohorn), 6.38 (w. b. Mohorn), 11.12 b. Wilsdruff).

Tapeten
Otto Röhl Nachf.
G. Richard Arnold
Dresden-A., Waltherstr. 3
am Postplatz
Telephon 20078

Walter Seitz & Co.
Dresden, Wettinerstraße 15
Möbel- und Warenkredithaus

Hermann Zschau
Trompeterstrasse 9
Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- u. Küchengeräte

Seidenhaus Carl Schneider
Dresden, Altmarkt 8.

Max Hinselmann
Putz- und Modewaren
Dresden Prager Straße 29

Ein altbewährtes Schönheitsmittel
J. Guthmann's
Cosmos-Seife
parfümiert

Wilhelm Kaufmann Textilwerke
Zentralverwaltung **Dresden** Bismarckplatz 1
(Wilhelm Kaufmann-Haus)
„Wekate"-Strick-, Stopf- und Häkelgarne
Imitatgarne, Strumpfgarne in Louisiana und Mako
Louisiana- und Mako-Zwirne
Fabrikhandtücher, Scheuertücher, Gurtil-Teppiche und Läufer

Textilwerke Albert Fuhlrott
Dresden-A., Palmstrasse 1
— Mechanische — Baumwollweberei
— Spezialität: — Hemden-Zephir

Perl & Sohn
Konfektion, Arbeiterbekleidung und Schuhwaren-Grosshandlung
Palmstrasse 13 — Telephon 26644

Dresdner Schürzenfabrik
Nur en gros! Schürzen — Damenwäsche Nur en gros!
Hopf & Feilgenhauer, Dresden-A. 1

Konsumverein „Vorwärts"
für Dresden und Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
143 Verteilungsstellen
2 Großbäckereien
19 Kraftwagen mit Anhänger
56 Hausgrundstücke
Abteilung Sparkasse
20 000 sparende Mitglieder
500 Millionen Spareinlagen
Verzinsung mit 12, 15 u. 20 %